

Niederschrift

(HFPA/001/2011)

über die 1. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses - Haushalt am Mittwoch, dem 19.01.2011, 16:00 - 21:35 Uhr, Ratssaal, Rathaus

Der Vorsitzende eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung der Mitglieder und die Beschlussfähigkeit fest.

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss genehmigt nach erfolgten Änderungen und Ergänzungen die nachstehende Tagesordnung:

Nicht öffentliche Tagesordnung - 16:00 Uhr

- siehe Anlage -

Öffentliche Tagesordnung - 16:45 Uhr

- | | | |
|-------|---|---------------------------------|
| 11. | Mitteilungen zur Kenntnis | |
| 11.1. | Stellungnahme der Personalvertretung zu einzelnen Vorschlägen der externen Beraterfirma Rödl + Partner | BM/ZV/011/2010
Kenntnisnahme |
| 11.2. | Arbeitsprogramm 2011 für Amt 11; Eingliederungsmanagement; Stellenplan 2011 und Rödl & Partner Stelleneinsparvorschlag | 11/024/2010
Kenntnisnahme |
| 11.3. | Alternativvorschlag der Verwaltung zur Wiederbesetzungssperre; Lfd. Nr. 6 der Abstimmungsvorlage der Maßnahmenvorschläge von Rödl & Partner; Protokollnotiz zum HFPA vom 24.11.2010 | 11/025/2010
Kenntnisnahme |
| 11.4. | Budget des GME im Haushalt 2011 und dessen Auswirkungen aufgrund nicht berücksichtigter Nachmeldungen der Verwaltung | 241/022/2010
Kenntnisnahme |
| 11.5. | Antrag zum Arbeitsprogramm 2011 des Bauaufsichtsamtes (Amt 63) - Prüfung von Brandschutznachweisen; hier: Antrag Nr. 153/2010 der SPD-Stadtratsfraktion | 63/124/2010
Kenntnisnahme |
| 11.6. | Antrag zum Haushalt 2011 - Umbau und Einbeziehung frei werdender Räume in das Stadtmuseum; hier: Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Nr. 145/2010 | 24/023/2011
Kenntnisnahme |

Tischauflage

- | | | |
|---------|---|----------------------------|
| 12. | Kürzung der Geschäftsführungszuschüsse für die Fraktionen hier: Antrag Nr. 119/2010 der Fraktion Erlanger Linke | 13-2/077/2011
Beschluss |
| 13. | Ausbildungsbericht 2010 | II/072/2010
Beschluss |
| 14. | Sondernutzungsgebühren bei Google Street-View-Fahrten; Fraktionsantrag Nr. 115/2010 der Fraktion Erlanger Linke | 30-R/018/2010
Beschluss |
| 14.1. | Vereine - Umsetzung der Leistungskostenverrechnung - Fraktionsantrag 004/2011 der CSU-Stadtratsfraktion vom 17. Januar 2011 | 241/027/2011
Beschluss |
| | Tischaufgabe | |
| 15. | Haushaltsberatung 2011
Beratung und Behandlung der Anträge zum Haushalt 2011 für die unter TOP 17 genannten Ämter | |
| 15.1. | Änderung und Ergänzung des Stellenplanes 2011 (siehe Verwaltungsvorlage), 1. Neufassung vom 12.2010 | 112/023/2010
Gutachten |
| 15.2. | Mitteilungen zur Kenntnis - Wortanträge Ergebnishaushalt und Finanzhaushalt zum Haushalt 2011 | |
| 15.2.1. | Fraktionsantrag der Grünen Liste Nr. 163/2010; Haushaltskonsolidierung 2011 Umstrukturierungen Liegenschaftsamt, Sportamt und Friedhofsgärtnerei | 11/030/2010
Beschluss |
| 15.3. | Fachamtsbudgets für die der HFPA als Fachausschuss zuständig ist (siehe aufbereitete Antragsunterlagen zum Haushalt 2011) | II/074/2011
Beschluss |
| 15.4. | Maßnahmenvorschläge von Rödl + Partner | 112/024/2010
Gutachten |
| 15.5. | Anträge zum Finanzhaushalt/Investitionsprogramm der Fachämter für die der HFPA als Fachausschuss zuständig ist (siehe aufbereitete Antragsunterlagen zum Haushalt 2011) | II/075/2011
Beschluss |
| 16. | Fraktionsanträge zu den Arbeitsprogrammen | |
| 16.1. | Fraktionsantrag SPD 156/2010 vom 30.11.2010 zum Arbeitsprogramm des Personal- und Organisationsamtes; Anonymisiertes Bewerbungsverfahren | 11/023/2010
Beschluss |

- | | | |
|---------------------|--|------------------------------|
| 16.2. | Antrag zum Arbeitsprogramm 2011 des Gebäudemanagements:
Begleitende Maßnahmen für Inklusion; hier: Antrag Nr. 148/2010 der
SPD-Stadtratsfraktion zum Haushalt 2011 | 24/022/2011
Kenntnisnahme |
| Tischaufgabe | | |
| 17. | Begutachtung der Stellenpläne der Fachämter und Begutachtung der
Fachämterbudgets
Beschlussfassung der Arbeitsprogramme (siehe Band
"Arbeitsprogramme 2011") | |
| 17.1. | Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2011 der
Gleichstellungsstelle für Frauenfragen - siehe Arbeitsprogramme
2011 in gebundener Form ab Seite 9 | Gst/005/2010
Beschluss |
| 17.2. | Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2011 der
Personalvertretung
- siehe Arbeitsprogramm 2011 in gebundener Form ab Seite 17 | 201/004/2011
Beschluss |
| 17.3. | Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2011 des
eGovernment-Centers - siehe Arbeitsprogramme 2011 in gebundener
Form ab Seite 19 | eGov/013/2010
Beschluss |
| 17.4. | Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2011 des
Personal- und Organisationsamtes - siehe Arbeitsprogramme 2011 in
gebundener Form ab Seite 29 | 11/021/2010
Beschluss |
| 17.5. | Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2011 des
Bürgermeister- und Presseamtes (Amt 13)
-siehe Arbeitsprogramme 2011 in gebundener Form ab Seite 37 | 13-2/076/2011
Beschluss |
| 17.6. | Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2011 der
Stadtkämmerei sowie Abt. Wirtschaftsförderung und Arbeit
- siehe Arbeitsprogramme 2011 in gebundener Form ab Seite 49 | II/073/2010
Beschluss |
| 17.7. | Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2011 des Amtes
für Recht und Statistik (Amt 30) - siehe Arbeitsprogramme 2011 in
gebundener Form ab Seite 89 | 30-R/016/2011
Beschluss |
| 17.8. | Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2011 des
Bürgeramtes - siehe Arbeitsprogramme 2011 in gebundener Form ab
Seite 121 | 33/003/2010
Beschluss |
| 17.9. | Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2011 des
Standesamtes - siehe Arbeitsprogramm 2011 in gebundener Form ab
Seite 129 | 34/007/2010
Beschluss |

- | | | |
|--------|--|--------------------------|
| 17.10. | Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2011 des Amtes für Brand- und Katastrophenschutz (Amt 37) - siehe Arbeitsprogramme 2011 in gebundener Form ab Seite 135 | 37/010/2010
Beschluss |
| 17.11. | Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2011 des Amtes für Veterinärwesen und gesundheitlichen Verbraucherschutz (Amt 39) - siehe Arbeitsprogramm 2011 in gebundener Form ab Seite 143 | 39/006/2011
Beschluss |
| 18. | Beratung und Behandlung der sonstigen Anträge zum Haushalt 2011 für die der HFPA zuständig ist | |
| 18.1. | Anträge zum Ergebnishaushalt außerhalb der Fachamtsbudgets (siehe aufbereitete Antragsunterlagen zum Haushalt 2011) | II/076/2011
Beschluss |
| 18.2. | Anträge zum Ergebnishaushalt und zum Finanzhaushalt seit dem 16.12.2010 | II/078/2011
Beschluss |
| 19. | Anfragen | |

TOP 11

Mitteilungen zur Kenntnis

TOP 11.1

BM/ZV/011/2010

Stellungnahme der Personalvertretung zu einzelnen Vorschlägen der externen Beraterfirma Rödl + Partner

Sachbericht:

siehe Anlage

Ergebnis/Beschluss:

Die beiliegende Stellungnahme der Personalvertretung dient zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 11.2

11/024/2010

Arbeitsprogramm 2011 für Amt 11; Eingliederungsmanagement; Stellenplan 2011 und Rödl & Partner Stelleneinsparvorschlag

Sachbericht:

Wie im Arbeitsprogramm 2011 des Personal- und Organisationsamtes ausgeführt, besteht bezüglich der Nichtschaffung der 0,5 Planstelle Sachbearbeitung Eingliederungsmanagement für das Jahr 2011 kein Konsens.

Des weiteren wird in der Abstimmungsvorlage der Maßnahmenvorschläge von Rödl & Partner unter lfd. Nr. 2 die „Reduktion der Sachbearbeitungsstellen bei Abt. 112“ (Abt. Organisation) um 0,5 Stellen vorgeschlagen.

Nach Ansicht des Personal- und Organisationsamtes soll die zum Einzug vorgeschlagene Stelle für die Aufgabe „Eingliederungsmanagement“ bei der Stabsstelle Betrieblicher Sozialdienst verwendet werden.

Es wird deshalb gebeten, die **Stelle bei Abt. 112 nicht einzuziehen, sondern lediglich eine Funktionsänderung** an vorgenannter Stelle, **für die Aufgabe Eingliederungsmanagement** zu beschließen.

Begründung:

§ 84 SGB IX schreibt ein systematisches Eingliederungsmanagement vor.

Die Stadt Erlangen führt aktuell zwar Maßnahmen im Rahmen des Eingliederungsmanagement durch; jedoch gibt es noch keine Dienstvereinbarung, v.a. gibt es aber nicht die erforderlichen organisatorischen Strukturen bzw. die hierzu notwendigen personellen Kapazitäten.

Ein zielorientiertes Eingliederungsmanagement bedeutet eine individualisierte Betreuung und ein Zusammenwirken der betrieblichen Parteien.

Folgende Qualitäts- und Leistungsstandards können derzeit nicht erfüllt werden:

- Eingliederungsmanagement auf Basis eines ganzheitlichen systematischen Konzeptes
- Strukturierte Auswertungen als Grundlage für die erweiterte Bedarfsanalyse und Prophylaxe.
- Keine frühzeitige Bearbeitung des "eigentlichen " Problems
Häufig wandelt sich das zunächst "medizinische Problem" in Form von "Krankheit/ Beeinträchtigung" durch die lange Zeitdauer von Prozessen in eine "psychoziale Problemstellung" in Form von "nicht-mehr-gebraucht-werden", Abschied vom Berufsleben, innerer Kündigung", die dann mit den gegebenen medizinischen Mitteln nicht mehr bearbeitet werden können und einen erheblichen Zusatzaufwand verursachen.
- Keine zeitnahe, individuelle Betreuung des Betroffenen, um die Leistungsfähigkeit, den Bedarf an Hilfestellungen und Qualifizierungsmaßnahmen zu klären.
- Keine zeitnahe Absprachen mit Beteiligten (Fachbereich, Schwerbehindertenvertretung, Personalvertretung, Betriebsärztin, Integrationsamt), um die Möglichkeiten des weiteren Einsatzes sowie mögliche finanzielle Leistungen zu erörtern.
- Erarbeitung von Integrationsmodellen, die dienststellenspezifische Grundlage für die Integration von Einzelfällen bilden.
- Keine Nachhaltigkeit für die Organisation Stadt Erlangen, da vorrangig individualisierte Einzelfalllösungen.
- Keine Sicherstellung der Begleitung der/des betroffenen Mitarbeiter/innen und der Nachhaltigkeit. Die Begleitung ist ein wesentlicher Faktor bei der Wiedereingliederung, um frühzeitig Überlastungssituationen zu erkennen und zeitnah Modifikationen am WE-Plan vornehmen zu können.
- Keine Sicherstellung der Beratung nach abgeschlossener WE. Diese ist für betroffene MA/innen sinnvoll, um frühzeitig Fehlentwicklungen zu erkennen.
- Keine statistische Erfassung und Aufbereitung.
- Eingeschränkter Know-how-Transfer auf die Dienststellen, da keine zeitlichen Ressourcen für Schulung und Sensibilisierung der Führungskräfte vorhanden ist.
- keine zentrale Steuerung und kein zentrales Controlling der WE-Maßnahmen.

Mit Inkrafttreten der Dienstvereinbarung wird zusätzlicher Beratungsbedarf entstehen, dieser ist mit den Kapazitäten innerhalb der Abt. Personalwirtschaft nicht mehr steuerbar.

Eingliederungsmanagement nach dem SGB IX ist ein Kernelement von Diversity. D.h. im Rahmen einer Umsetzung eines ganzheitlichen Diversity-Konzeptes muss Eingliederung mitgedacht werden.

Eine Zuordnung der 0,5 Planstelle beim Betrieblichen Sozialdienst ist keine üppige Personalausstattung sondern würde die wichtigsten Grundkoordinations- und Steuerungsfunktionen ermöglichen.

Kontinuität und Nachhaltigkeit könnte gesichert werden und die Grundlage für eine zielorientierte individualisierte Umsetzung in der Personalwirtschaft könnte geschaffen werden.

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 11.3

11/025/2010

**Alternativvorschlag der Verwaltung zur Wiederbesetzungssperre;
Lfd. Nr. 6 der Abstimmungsvorlage der Maßnahmenvorschläge von Rödl & Partner;
Protokollnotiz zum HFPA vom 24.11.2010**

Sachbericht:

Unter Ziffer 4.6 des Abschlussberichts der Fa. Rödl & Partner wird als Maßnahme Nr. 6 eine dreimonatige Wiederbesetzungssperre ab dem Haushaltsjahr 2011 vorgeschlagen.

Die Personalverwaltung hat sich in einer Stellungnahme dagegen ausgesprochen. Diese ist im vorgenannten Bericht auf Seite 16 f. vollständig abgedruckt.

In der HFPA-Sitzung vom 24.11.2010 wurde die Personalverwaltung gebeten, den alternativen Vorschlag des Referates Zentrale Verwaltung ebenfalls monetär zu quantifizieren.

Nachstehend werden die Kalkulationsparameter des Vorschlages von Rödl & Partner nochmals erläutert (Ziff. 1) und auf den weiterentwickelten Alternativvorschlag des Referates Zentrale Verwaltung angewendet (Ziff. 2).

1. Berechnungsgrundlage für den Maßnahmenvorschlag von Rödl & Partner

1.1. Durchschnittliche Personalbewegungen p.a. bei der Stadt Erlangen

Durchschnittliche Anzahl der Umsetzungen / unbefristeten Einstellungen in den Jahren 2007 - 2010	114
minus Durchschnittliche Anzahl der Umsetzungen/ unbefristeten Einstellungen im Stadtjugendamt und den städtischen Schulen in den Jahren 2007 - 2010	29
minus Nachwuchskräfte, die im Anschluss an die Ausbildung übernommen werden	15
Berechnungsbasis - durchschnittliche Personalbewegung	70

1.2. Durchschnittlicher Monatsverdienst als Berechnungsgrundlage

Die Durchschnittsbildung erfolgte gemäß den Personalkosten des Personalberichts der Stadt Erlangen (Mischsystem aus EG 1- EG 11 TVöD und A 16 – A 13 BayBesO).

Dies ergibt rechnerische Durchschnittskosten von **3130 € pro Monat**.

1.3. Monetarisierung von Vakanzen = dreimonatige Wiederbesetzungssperre

$3.130 \text{ €} \times 3 \text{ Monate} \times 70 \text{ Fälle} = 657.300 \text{ €}$

Bereinigung um 10 %

(= Stellen, bei denen Vakanz aus dringenden sachlichen Gründen nicht vertretbar)

$657.300 \text{ €} - 10 \% = 591.570 \text{ €}$

(Der Vorschlag von Rödl & Partner geht zwar in seiner Begründung von einer ausnahmslosen Anwendung einer Wiederbesetzungssperre aus, zieht aber bei der Ermittlung des Einsparpotentials 10% für Ausnahmen ab.)

2. Alternativvorschlag der Verwaltung

2.1. Inhalt

Neben dem bereits bestehenden System einer konsequenten Bedarfsprüfung bei jeder Stellenwiederbesetzung wird vorgeschlagen für jede anstehende Stellenwiederbesetzung eine **spezifische Budgetkürzung des Personalkostenbudgets** des betreffenden Fachamtes **für 2 Monate** vorzunehmen (alle Dienststellen außer den städtischen Schulen und Amt 51 analog dem Vorschlag von Rödl & Partner)

Die Budgetkürzung erfolgt automatisch zentral durch das Personal- und Organisationsamt bei Personalfluktuatation. **Es gibt keine Ausnahmetatbestände.**

2.2. Folgen

Es verbleibt in der Entscheidungskompetenz der jeweiligen Amtsleitung, ob der Vakanzzeitraum vertretbar ist oder ob die wieder zu besetzende Stelle nahtlos besetzt werden soll. Die Ämter sind somit in der Lage personellen Sondersituationen, individuellen Überlastungen und auch aufgaben-/stellenbezogenen Wissensbewahrungsprozessen Rechnung zu tragen.

Personalkosten für den Zweimonatszeitraum müssen jedoch zwingend aus dem Fachamtsbudget getragen werden, da die Budgetkürzung in jedem Fall erfolgt. Auch der Alternativvorschlag stellt einen zusätzlichen Eingriff in die Budgethoheit der Ämter dar, die Grundzüge der Budgetierung bleiben aber erhalten, da eine Entscheidungsfreiheit der Ämter aufrechterhalten wird.

2.3. Finanzielles Einsparpotential

Die Berechnung des Einsparpotentials erfolgt auf Basis der Grundzahlen unter Nr. 1 und ergibt einen kalkulatorischen Betrag von:

$3.130 \text{ €} \times 2 \text{ Monate} \times 70 \text{ Fälle} = 438.200 \text{ €}$

Darüber hinaus ergibt sich noch ein Einsparpotential aus der konsequenten Bedarfsprüfung im Zuge jedes Wiederbesetzungsverfahrens, welches sich als Jahresbetrag nur schwer belastbar beziffern lässt, kalkulatorisch aber mit zusätzlich ca. 50.000 € angesetzt werden kann.

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis bzw. alternativen Beschlussfassung zur lfd. Nr. 6. der Abstimmungsvorlage der Maßnahmenvorschläge von Rödl & Partner.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 11.4

241/022/2010

Budget des GME im Haushalt 2011 und dessen Auswirkungen aufgrund nicht berücksichtigter Nachmeldungen der Verwaltung

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

- 1) Ausgehend von einer Nettogrundfläche (NGF) von rund 390.000 qm im Bestand verbleiben für
 - Substanzerhaltung (Wartung, Inspektion und Instandsetzung),
 - Schönheitsreparaturen und
 - anforderungsgerechte Nutzeranpassungen (Aus- und Umbauten, z. B. für Schallschutz)

aller Gebäude und der Außenanlagen jährlich durchschnittlich nachstehend aufgeführte Mittel je Quadratmeter (NGF):

HH 2009	Ansatz 3.807.200 €	9,76 €
HH 2010	Ansatz 2.755.400 €	7,19 €
HH-Entwurf 2011	Ansatz 2.581.900 €	6,62 €
HH 2011, sofern nur die von der Kämmerei aufgenommenen Nachmeldungen der Verwaltung berücksichtigt werden	Ansatz 1.710.550 €	4,39 €

Ein im Jahr 1984 von der KGSt veröffentlichter Bericht¹ empfiehlt, jährlich 1,2 Prozent der Wiederbeschaffungszeitwerte² aller Objekte für die Instandhaltung anzusetzen.

Das pauschale Verfahren, welches der Ermittlung bereitzustellender Instandhaltungsbudgets dient, basiert auf der Formel

Wiederbeschaffungszeitwerte aller Gebäude x 1,2 Prozent.

Der Wert aus den 80ern wurde im jüngst erschienenen KGSt-Bericht 7/2009 „Instandhaltung kommunaler Gebäude“ bestätigt. Zudem wird die Bereitstellung zusätzlicher Mittel für Gebäude im 4. Jahrzehnt ihres Lebenszyklus empfohlen.

¹ KGSt-Bericht 9/1984 „Hochbauverwaltung: Richtwerte und Gestaltungsvorschläge zur Mittelbemessung, Maßnahmenplanung und Mittelbereitstellung“

² Unter Wiederbeschaffungszeitwert ist hier der Preis zu verstehen, der zum Bewertungszeitpunkt für die Erneuerung eines vorhandenen Vermögensgegenstandes durch einen solchen gleicher Art und Güte (= gleicher Standard, nicht gleichermaßen abgenutztes Objekt) gezahlt werden müsste.

Legt man mangels vorhandener Wiederbeschaffungszeitwerte ersatzweise die Normalherstellkosten mit durchschnittlich 2 000 € /qm zu Grunde, ergibt sich ein geschätzter Bedarf in Höhe von jährlich 9 360 000 €. Auf den Quadratmeter bezogen sind es **24,00 €** die laut KGSt jährlich für Instandhaltung angesetzt werden sollten.

- 2) Der Ansatz für Maßnahmen zur Energieeinsparung - in den Vorjahren jeweils mit 150.000 € veranschlagt - wird 2011 auf 0 herunter gefahren.

Ein Teufelskreis: Werden keine Maßnahmen durchgeführt, welche die Unterhaltskosten der Gebäude senken (z. B. Dämmmaßnahmen), werden weiterhin Mittel in den laufenden Betrieb gesteckt, die andernfalls nachhaltig investiert werden könnten.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Kommt das GME seinen Aufgaben und Verpflichtungen wie bisher nach, verbleiben für den Bauunterhalt in 2011 lediglich 1,71 Mio. €.

1. Nicht aufgenommene Nachmeldungen in der Nachmeldeliste

Der Kämmerei wurden neben dem Ausgleich des Verlustvortrages aus 2009 in Höhe von 196.421,89 € weitere 977.000 € nachgemeldet. Berücksichtigt wurden 259.000 €, die aufgrund von Beschlüssen in die Nachmeldeliste aufgenommen werden mussten. Dem GME entstehen in 2011 nicht finanzierte Mehrkosten und damit ein **Defizit** in Höhe von **718.000 €**

2. Bewirtschaftung des allgemeinen Grundvermögens

Der Konsolidierungsvorschlag K61 im Gutachten der KGSt sieht vor, dass ausgewählte Objekte des allgemeinen Grundvermögens veräußert werden. Nach wie vor werden all diese Objekte vom GME bewirtschaftet, da bislang keines abgestoßen wurde. Dennoch wurden die Ansätze im Haushalt 2010 umgehend gekürzt. Es ergibt sich im GME ein **Defizit** in Höhe von **66.000 €**

3. Gebäudereinigung

Die eingezogenen Stellen für Reinigungskräfte haben eine Fremdvergabe zur Folge, deren Kosten nicht mehr aus den eingesparten Personalkosten refinanziert werden.

Beispiel:

Personalkosten 2009 für die Gebäudereinigung im Frankenhof	76.884 €
Kosten Fremdleistungen für Vertretungsstunden in 2009	37.643 €

Die Kosten der ersten versuchsweisen Vergabe des Frankenhofes betragen 53.500 €. Die Kosten im Frankenhof werden sich in Abhängigkeit der Übernachtungszahlen insgesamt auf bis zu 125.000 € p. a. belaufen. Das **Defizit** in Höhe von **87.350 €** ist nicht finanziert.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Die Kompensierung der Defizite erfolgt zwangsläufig durch Einsparungen im Bauunterhalt. Eines der wichtigsten strategischen Ziele des GME „den großen Sanierungsstau abzutragen“, wie es die Budgetierungsregeln seit Gründung des GME vorsehen (vgl. „Regeln für die Budgetierung 2010“ auf S. 342 im HH-Plan 2010) ist mit den derzeit vorhandenen Ressourcen keinesfalls zu erreichen. Im Gegenteil, der Gesamtzustand der Gebäude wird sich weiterhin zunehmend verschlechtern, da die vorgesehenen Mittel weder für die erforderliche Instandhaltung geschweige denn für den Abbau des Instandhaltungsstaus reichen. Die

Einsparungen stehen im krassen Gegensatz zur Aussage der KGSt „Eine sachgerechte Instandhaltungsstrategie leistet einen wichtigen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung.“³

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Um das Niveau im Bauunterhalt halten zu können, welches im Haushaltsentwurf 2011 vorgesehen war, sind die Ansätze des GME im Ergebnishaushalt 2011 um insgesamt 900.000 € zu erhöhen. Sollen Energieeinsparmaßnahmen weiterhin durchgeführt werden, sind zusätzlich 150.000 €, also insgesamt **1.050.000 €** erforderlich.

-	Kompensation des korrigierten Verlustvortrages	- 196.421,89 €
-	Ersatzfläche Theaterverwaltung	
	Anmietkosten für 7 Monate	- 29.400,00 €
	Anbindung an das städtische Netz – Inhouseverkabelung	- 20.000,00 €
-	Anmietkosten	
	Lagerfläche HEKA für Galerie	- 7.200,00 €
	Zusätzlicher Stellplatz Abt. 513, Karl-Zucker-Str. 10	- 220,00 €
-	Bewirtschaftungskosten der Gebäude	
	Erhöhung Kanalgebühren	- 32.200,00 €
	Erhöhung Energiepreise	- 331.000,00 €
-	Kabelmanagement	- 30.000,00 €
-	Überprüfung von Abwasseranlagen gem. Entwässerungssatzung	- 100.000,00 €
-	Bewirtschaftung des allgemeinen Grundvermögens	
	Umsetzung des Konsolidierungsvorschlages K61 im Gutachten der KGSt bisher nicht erfolgt	-66.000,00 €
-	Gebäudereinigung	
	Mehrkosten durch Stelleneinzug aufgrund Fremdvergabe	-87.500,00 €
-	Maßnahmen zur Energieeinsparung	-150.000,00 €

nachrichtlich:

Veranstaltungsmanagement

Die Kosten für das Veranstaltungsmanagement im Bürgerpalais Stutterheim und im Aurachsaal können erst beziffert werden, wenn Daten über einen repräsentativen Zeitraum vorliegen.

Kenntnisnahme:

Aufgrund des bisher vorgesehenen Budgets des GME im Haushaltsjahr 2011

⇒ werden im Haushaltsjahr 2011 aufgrund nicht berücksichtigter Nachmeldungen der Verwaltung je Quadratmeter (NGF) durchschnittlich nur noch 4,39 € für die Instandhaltung des Gebäudebestandes zur Verfügung stehen.

⇒ wird der Ansatz für Maßnahmen zur Energieeinsparung - in den Vorjahren jeweils mit 150.000 € veranschlagt – im Haushaltsjahr 2011 auf 0 heruntergefahren.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

³ Quelle: Instandhaltung kommunaler Gebäude – Budgets ermitteln und Aufwand für Folgejahre planen. KGSt-Bericht 7/2009, S. 11 [Das GME berichtete über diesen KGSt-Bericht in der MzK „Instandhaltung kommunaler Gebäude“, die am 2. März 2010 in den BWA eingebracht wurde.]

TOP 11.5

63/124/2010

**Antrag zum Arbeitsprogramm 2011 des Bauaufsichtsamtes (Amt 63) - Prüfung von Brandschutznachweisen;
hier: Antrag Nr. 153/2010 der SPD-Stadtratsfraktion**

Sachbericht:

Aufgrund der Novellierung der Bayerischen Bauordnung (BayBO) zum 01.01.2008 ist die Zahl an Sonderbauten gestiegen. Bei Sonderbauten muss der Brandschutz bauaufsichtlich geprüft oder von einem Prüfsachverständigen bescheinigt werden. Entgegen der Erwartung des Gesetzgebers werden nicht vorwiegend private Sachverständige mit der Prüfung des Brandschutzes beauftragt, sondern, da günstiger, die Bauaufsichtsbehörden. Bei entsprechendem Antrag des Bauherrn ist die Bauaufsichtsbehörde verpflichtet, den Brandschutz zu prüfen.

Die Antragszahlen bei Sonderbauten haben sich wie folgt entwickelt:

2005	22
2006	46
2007	52
2008	103
2009	99
2010 (bis 11/2010)	61.

Seit Einführung der BayBO 2008 haben sich die Fallzahlen also etwa verdoppelt. In den Fallzahlen nicht enthalten sind die Vorgänge, in denen der Brandschutz ebenfalls geprüft werden muss (Nichtsonderbauten der Gebäudeklasse 5, Mittel- und Großgaragen, isolierte Abweichungen). Hierdurch wird die Mehrbelastung noch deutlicher.

Die Prüfung des Brandschutzes ist Pflichtaufgabe und wird derzeit von den einzelnen Bezirkssachbearbeiterinnen und -sachbearbeitern wahrgenommen. Aufgrund der Anforderungen an den Brandschutz (Spezialwissen) sind Zuständigkeitsverlagerungen und Rationalisierungsmaßnahmen nicht möglich.

Aus diesem Grund wurde vom Bauaufsichtsamt ein Antrag zum Stellenplan 2011 auf Schaffung einer neuen Planstelle für die Brandschutzprüfung gestellt. Diesem Antrag konnte aufgrund des vom Stadtrat beschlossenen Nullstellenplans nicht entsprochen werden.

Es wird in gewissem Umfang möglich sein, die Brandschutzkonzepte für Kinderkrippen zeitlich vorzuziehen und beschleunigt zu prüfen. Dies wird aber zwangsläufig zu Lasten von anderen Bauanträgen gehen, bei welchen sich die Bearbeitungsdauer verlängern wird. Grenze einer solchen Verzögerung ist jedoch § 75 der Verwaltungsgerichtsordnung, wonach Untätigkeitsklage erhoben werden kann, wenn über einen Antrag ohne sachlichen Grund nicht innerhalb von 3 Monaten entschieden wurde. Fehlende personelle Ressourcen sind grundsätzlich kein Grund, der als Rechtfertigung für eine längere Bearbeitungsdauer herangezogen werden kann. Wird die vorgenannte Grenze erreicht, ist ein zeitliches Vorziehen der Prüfung der Brandschutzkonzepte für Kinderkrippen nicht mehr möglich, um etwaige Klagen zu vermeiden.

weitere Maßnahmen (Brainstorming)

- bessere Brandschutzkonzepte für städtische Projekte; Vorprüfung bei Amt 24 wenn Brandschutzplanung an Dritte vergeben ist
- (befristete) Umsetzung H. Hofmann zu Amt 63 mit Aufgabe BS-Prüfung
- Einrichtung einer „Baudienststelle“ bei Amt 24 (analog Art. 73 BayBO); nachdem dort mind. ein Architekt mit der Befähigung zum höheren bautechnischen Dienst beschäftigt ist
-

Kenntnisnahme:

Der Sachbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 11.6

24/023/2011

Antrag zum Haushalt 2011 - Umbau und Einbeziehung frei werdender Räume in das Stadtmuseum; hier: Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Nr. 145/2010

Sachbericht:

Eine erste Begehung des Objektes mit dem Sachgebiet 242-1 (Bauunterhalt) und der Museumsleitung hat am 13.01.2011 stattgefunden.

Die Planungen für die Umbaumaßnahmen werden innerhalb des Sachgebietes 242-1 so rechtzeitig durchgeführt, dass eine Mittelbeantragung und die entsprechenden Ausschreibungen zum möglichen Baubeginn (November 2011) ermöglicht werden.

Aufgrund des Umfangs der Maßnahme unterliegt diese der DA-Bau (größer als 50.000,- €); für das Projekt ist demnach die Zustimmung des BWA einzuholen.

Kenntnisnahme:

Der Sachbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 12

13-2/077/2011

**Kürzung der Geschäftsführungszuschüsse für die Fraktionen
hier: Antrag Nr. 119/2010 der Fraktion Erlanger Linke**

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Die Stadt Erlangen gewährt zur Unterstützung der Stadtrats- und Fraktionsarbeit den im Stadtrat vertretenen Parteien und Wählergruppen neben der kostenlosen Überlassung von Räumen laufende Geschäftsführungszuschüsse.

Die Fraktionszuschüsse werden vor allem bei den größeren Fraktionen überwiegend dazu verwendet die Bezahlung der Geschäftsführung der Fraktion sicherzustellen. Da die Geschäftsführer analog des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD) bezahlt werden, werden die Fraktionszuschüsse analog zu den allgemeinen prozentualen Steigerungen des TVöD erhöht.

Durch die progressive Kürzung der Fraktionszuschüsse, beginnend mit 10 %, sollen sich nach Antrag der Fraktion Erlanger Linke alle Fraktionen an den notwendigen Haushalts-Einsparungen beteiligen.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Eine Kürzung der Fraktionszuschüsse wurde zuletzt im Rahmen der letzten Haushaltsberatungen geprüft und abgelehnt. Eine Änderung der Sachlage ist nicht erkennbar.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
 sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
 sind nicht vorhanden

Ergebnis/Beschluss:

Die Berechnung der Geschäftsführungszuschüsse der Stadtratsfraktionen nach § 3 Abs. 2 der Gemeindefestsetzung der Stadt Erlangen bleibt unverändert.

Der Antrag Nr. 119/2010 der Fraktion Erlanger Linke ist bearbeitet.

Abstimmung:

mehrheitlich angenommen

mit 11 gegen 2

TOP 13

II/072/2010

Ausbildungsbericht 2010

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Steigerung der Ausbildungsfähigkeit bei jugendlichen EntlassschülerInnen der Erlanger Hauptschulen

Unterstützung bei der Entwicklung von Einmündungsperspektiven für SchülerInnen jedweden Schultyps (im KOMBI-Büro)

Akquise von Ausbildungs- und Praktikumsplätze nach Bedarf

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Fortführung des Übergangsmanagements an den Erlanger Hauptschulen

KOMBI: Fortführung der Informations-, Beratungs- und Vermittlungsleistung des Kommunalen Beratungs- und Informationsbüros rund um Ausbildung

Außerschulischer Kooperationspartner der staatlichen Berufsschule Erlangen zur Betreuung der Schülerinnen und Schüler in den beiden Berufsvorbereitungsjahren

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Einsatz von Sozialpädagoginnen an den Hauptschulen vor Ort in Kooperation mit den Schulleitern, Jugendsozialarbeitern und Lehrkräften

Fortführung des Beratungs- und Vermittlungsprozesses im KOMBI

Qualifizierung und Betreuung der Schülerinnen und Schüler des Berufsvorbereitungsjahres

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€ 50.000,--	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:

Weitere Ressourcen

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

Zusammenfassung

1 Der Erlanger Ausbildungsmarkt (Daten der Arbeitsagentur)

- Seite 4 -

Zunahme der Ausbildungsplätze um 7,1% gegenüber dem Vorjahr
(in 2009 Rückgang um 15,6%, in 2008 Rückgang um 2,7%)

Zunahme der BewerberInnen um 12,4% zum Vorjahr
(in 2009 Rückgang um 23,5%, in 2008 Rückgang um 1,6%)

Im Geschäftsstellenbezirk weniger Stellen als Bewerber (1250:1383, Vj. 1167:1230,
Vvj. 1383:1378)

Unversorgte Jugendliche zum 30.09.2010: 53 (2009: 60, 2008: 4, 2007: 27)

Nicht besetzte Ausbildungsstellen zum 30.09.2010: 122 (2009: 58, 2008: 78, 2007: 52)

2 Jugendliche EntlassschülerInnen auf dem Erlanger Ausbildungsmarkt - Seite 5 - (Daten der Erlanger Hauptschulen)

Ausbildungsquote in den drei Erlanger Hauptschulen: 32,4% (Vorjahr 27,0%, Vvj. 23,0%)

Anteil jugendlicher EntlassschülerInnen mit qualifizierendem Hauptschulabschluss: 51,2% (Vj. 54,8%)

Hauptschulabsolventen in der staatlichen Berufsschule ohne Ausbildungsvertrag: 61 (Vj. 89, Vvj. 96)

3 Übergangsmanagement

- Seite 5 -

Umsetzung des Übergangsmanagements in den Erlanger Hauptschulen:

264 SchülerInnen – Vj. 320 (Eichendorff-Hauptschule, Ernst-Penzoldt-Hauptschule,
Grund- und Hauptschule Büchenbach Nord, Hermann-Hedenus-Hauptschule)

Schüler im Übergangsmanagement 2009/2010: **186** (Vj. 225, Vvj. 169)

davon:

Wiederholer: 18% (Vj. 15%), Ausbildung: 47% (Vj. 39%), weiterführende Schule: 12%
(Vj. 13%), Staatliche Berufsschule Erlangen: 18% (Vj. 23%)

4 Kommunales Beratungs- und Informationsbüro – KOMBI

- Seite 12 -

- Beratungs- und Unterstützungsangebote
- Hilfen bei der Erstellung von Bewerbungsunterlagen

5 Akquise- und Vermittlungsleistung des JAZ e.V. in 2007 - Seite 13 -

Abgeschlossene Verträge: 48 (Vorjahr 50)

Angesprochene Unternehmen, akquirierte Plätze: 48 (Vorjahr 55)

6 GGFA Bericht – Jugend in Ausbildung 2009 - Seite 13

Vermittlung in Ausbildung 43 (Vj. 55) und in schulische Ausbildung 28 (Vj. 19) von insges. 98 (Vj. 118) ausbildungswilligen und –fähigen Jugendlichen

7 Zahlen der Berufsberatung - Seite 15 -

1. Zur Ausbildungssituation in der Geschäftsstelle Erlangen der Agentur für Arbeit

Bei der Berufsberatung gemeldete Berufsausbildungsstellen und Bewerber/innen (2010):

Daten der Arbeitsagentur für das Stadtgebiet und Teile des Landkreises Erlangen-Höchstadt:

	März	Mai	Juni	August	September
Berufsausbildungsstellen	887	1.034.	1.097	1.204	1.250
Bewerber/innen	996	1.167	1.252	1.346	1.383
Noch nicht besetzte Ausbildungsstellen (noSt)	543	511	464	341	122
Noch nicht vermittelte Bewerber/innen (nvB)	568	541	491	229	53
B:ST Relation	100:89	100:89	100:88	100:89	100:90
nvB:noSt Relation	100:95	100:94	100:95	100:149	---

Quelle: Arbeitsagentur Nürnberg, Information und Controlling (im Jahr 2009 nur quartalsweise Erstellung der Berichte)

Im Vorjahresvergleich stieg das Angebot an Ausbildungsplätzen im September um +7,1% (1.167 Stellen im September 2009), die Zahl der BewerberInnen um 12,4% (1.054 BewerberInnen im September 2009).

Insgesamt wurde der Agentur für Arbeit Nürnberg mit ihren Geschäftsstellen in Erlangen, Fürth, Lauf und Schwabach 7.904 Berufsausbildungsstellen gemeldet, dies sind 664 oder 9,2% weniger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Die der Agentur für Arbeit Nürnberg gemeldeten Ausbildungsstellen der Industrie- und Handelskammer für Mittelfranken betragen 5.212. Das sind 406 mehr als im Vorjahr. Die Zahl der von der Handwerkskammer für Mittelfranken an die Arbeitsagentur gemeldeten Ausbildungsplätze betrug 1.456. Das ist eine Steigerung von 84 im Vergleich zum Vorjahr.

Stellenmeldungen nach Berufsbereichen im Geschäftsstellenbezirk Erlangen:

	<u>Stellen</u>	<u>Veränderungen in %</u>
Pflanzen, Landwirtschaft	13	30,0
Metallberufe	180	25,0
Elektroberufe	37	-11,9
Ernährungsberufe	83	- 1,2
Bau- u. Baunebenberufe einschl. Tischler	45	60,7
Druckberufe u. übrige Fertigungsberufe	25	38,9
Textil-, Bekleidungs- und Lederberufe	---	---
Technische Berufe	30	- 26,8
Waren- u. Dienstleistungskaufleute	370	6,3
Verkehrsberufe	24	84,6
Org.-, Verwaltungs- u. Büroberufe	225	- 3,4
Hausw. u. Reinigungsberufe	119	- 4,0
Übrige Dienstleistungsberufe	99	20,7

Förderleistungen der Agentur für Arbeit Nürnberg für das Berufsjahr 2009/2010:

- Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen:	112 Plätze
- Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen:	30 Plätze
- Ausbildungsbegleitende Hilfen:	<u>159</u> Plätze
	<u>301</u> ges.

2. Die Situation für jugendliche EntlassschülerInnen auf dem Erlanger Ausbildungsmarkt

Verbleibsangaben der Erlanger Hauptschulen zum 31.07.2010

	Entlass- schüler ges.	Ausbildungs- vertrag	Ausbildungs- quote in %	Besuch weiter- führende Schule	Freiwillige Wieder- holer	BVJ oder Jung- arbeiterklasse sowie BGJ
10. Klasse	83	35	42,2	31	3	14
9. Klasse	211	71	34,0	33	46	61
8. Klasse	31	1	---	0	26	5
7. Klasse	2	0	---	0	2	0
Gesamt	327	106	32,4	64	77	71

Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Ausbildungsquote um 5,4% (Quote 2009: 27%). In den 9. Klassen stieg die Quote um 9,5% (24,5%).

Schulabschlüsse

	Entlass- schüler ges.	Mittlerer Bildungs- abschluss	Qualifizierender Hauptschulabschl uss	Hauptschu I- abschluss	Ohne HS-Ab- schluss
10. Klasse	83	80	0	3	---
9. Klasse	211	---	108	92	11
8. Klasse	31	---	---	---	31
7. Klasse	2	---	---	---	2

In den 9. Klassen erreichen **51,2%** den qualifizierenden Hauptschulabschluss, im Vorjahr 54,8%.

Verbleib/Einmündungsergebnis

SchülerInnen in der staatlichen Berufsschule:

Berufsvorbereitungsjahr	32
<u>Jungarbeiterklasse</u>	<u>29</u>
gesamt	61

Das „Berufsvorbereitungsjahr“ kooperativ bereitet auf die Aufnahme eines Ausbildungsverhältnisses vor. In den beiden kooperativen Berufsvorbereitungsjahren übernimmt im Jahrgang 2010/2011 JAZ e.V. die außerschulische Betreuung der SchülerInnen. An 2,5 Tagen pro Woche erhalten die TeilnehmerInnen abgestimmte Förderung zur Entwicklung der Ausbildungsfähigkeit in den Berufsfeldern „gewerblich-technisch“ und „Büroorganisation/Hauswirtschaft“. SchülerInnen ohne Schulabschluss können bei entsprechender Leistung den einfachen Hauptschulabschluss erwerben. Bei entsprechender Leistungsbereitschaft können die SchülerInnen auch den Qualifizierenden Hauptschulabschluss als Externe ablegen.

Drei Schüler konnten zu Beginn der Maßnahme bereits in eine Einstiegsqualifizierung vermittelt werden (Koch, Klimamechaniker, Bauzeichner). Der Einsatz des außerschulischen Kooperationspartners erfolgt nicht zeitgleich mit dem Beginn der Berufsschule. Die Zeit von 14.09. – 18.10. wurde jedoch für Einzelgespräche und Zielvereinbarungen genutzt. Der überwiegende Teil der SchülerInnen ist bereits über unser Übergangsmanagement bekannt, so dass die dort begonnene „Entwicklungsarbeit“ fortgesetzt werden kann.

3. Das Erlanger Übergangsmanagement

Im März 2007 startete das Erlanger Übergangsmanagement als Brücke zum Beruf in den Erlanger Hauptschulen.

Ziele sind:

- Entwicklung und Förderung der Ausbildungsfähigkeit
- Förderung der Berufswahlreife
- Entwicklung von Einmündungsperspektiven in den Ausbildungsmarkt
- Vermittlung in Ausbildung.

Methodisch beruht das Übergangsmanagement auf den Säulen Kompetenzfeststellung, Vermittlung sozialer Kompetenzen, Förderung schulischer Kompetenzen und berufliche Orientierung. Dabei wird ein ressourcenorientierter Ansatz verfolgt, d.h. jeder Jugendliche bringt grundsätzlich Fähigkeiten, Neigungen und Eignungen als entwicklungsfähige Basis mit.

Der Verein JAZ e.V. führt das Übergangsmanagement als kommunales Angebot einer Brücke zum Beruf durch. Hierzu sind zwei Sozialpädagoginnen regelmäßig an den Schulen vor Ort, um mit den SchülerInnen

der Jahrgangsstufe 8 – 10 zu arbeiten. Insgesamt wurden im Berichtszeitraum 83 SchülerInnen der 8. Klassen und 186 SchülerInnen der 9. Klassen betreut.

Das Übergangsmanagement findet in enger Kooperation mit den Schulleitern, den Klassenlehrern sowie der Jugendsozialarbeit an Schulen und den Berufsberatern der Arbeitsagentur statt.

Die Präsenz und die Kontinuität an den Schulen waren besonders wichtig, um den Kontakt zu den LehrerInnen und SchülerInnen herzustellen. Das Angebot von JAZ ist für die SchülerInnen freiwillig, weshalb ein großer Wert auf dem Aufbau einer Vertrauensbasis und einer intensiven Motivationsarbeit liegt, sodass die Angebote wahrgenommen werden.

Kontaktaufnahme

Die Kontakte zu den Schülern wurden auf verschiedene Arten hergestellt.

Die Minimalform des Kontaktes entstand im *Klassenkontext*. Bei regelmäßigen Terminen mit jeder Klasse wurden auf niedrigschwelligem Niveau Informationen weitergegeben, Fragen beantwortet und Informationen über den Stand der Bewerbungsprozesse eingeholt. Die Klassenlehrer waren üblicherweise gerne bereit, hierfür Zeit einzuplanen.

Neben den Klassenkontakten fanden häufig auch sogenannte *Kurzgespräche* statt. Diese dienten zum größten Teil der Übermittlung von kurzen Informationen oder der Klärung von Sachfragen. So wurden beispielsweise das Erledigen von Arbeitsaufträgen, Rückmeldungen aus dem Bewerbungsprozess, oder Terminvereinbarungen abgefragt oder auch kurze Fragen zur Ausbildungsvergütungen, Ausbildungsverträgen und rechtlichen Regelungen geklärt.

Eine besondere Bedeutung hatten jedoch die *Einzelgespräche*. Diese beleuchteten zunächst die Interessen und Fähigkeiten der SchülerInnen, wobei oft auf ihre persönliche und familiäre Situation eingegangen wurde, soweit die Bereitschaft und Notwendigkeit dazu bestand. Ziel dessen war es, den Schülerinnen und Schülern zu einer realistischen Einschätzung ihrer Stärken und Schwächen und somit zu einer realistischen Perspektiv-Planung zu verhelfen. Diese Art von Gesprächen stand oft am Anfang der Zusammenarbeit und leitete meist eine recht intensive Kooperation ein. Umfangreichere Einzelkontakte fanden im Rahmen eines längeren Beratungsverlaufes entweder im Berufsorientierungsbüro an den Schulen vor Ort statt oder auch im JAZ-Büro in der Innenstadt.

Inhalte dieser Einzelkontakte war zum Einen die Suche nach Praktikums- und/oder Ausbildungsstellen. Die Schüler erhielten eine Einweisung in die unterschiedlichen Suchmethoden. Sie konnten vor Ort Stellen recherchieren und ausdrucken und erhielten dabei Unterstützung und Anregung durch die zuständige Sozialpädagogin der jeweiligen Schule. Gemeinsam konnten dann individuell andere Methoden der Stellensuche besprochen und als Arbeitsauftrag mitgegeben werden.

Weiterhin hat sich gezeigt, dass besonders der Bewerbungsprozess für die Schülerinnen und Schüler schwer zu bewältigen ist, weshalb das Erstellen von aktuellen und aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen, sowie die Vorbereitung auf Vorstellungssituationen und –gespräche einer der wichtigsten Bestandteile der Arbeit waren. Anhand des jeweils verfügbaren Materials wurden individuelle Bewerbungen für einzelne Betriebe (Praktikum oder Ausbildung) erstellt, bzw. existierende Bewerbungen korrigiert und überarbeitet, sodass die Schülerinnen und Schüler diese ausdrucken und zusammenstellen oder als Datei mit nach Hause nehmen konnten. Bei anstehenden Vorstellungsgesprächen gab es die Möglichkeit die zu erwartende Situation einzuüben und zu reflektieren. Bei Bedarf wurden auch verfügbare Unterlagen von Einstellungstests verwendet, um den SchülerInnen den Zugang zu erleichtern und ihnen die Angst vor neuen Situationen zu nehmen.

Gründe der SchülerInnen für die Kontaktaufnahme

Da es das allgemeine Ziel der Arbeit ist, den Jugendlichen den Einstieg in die Selbstständigkeit zu erleichtern und Zukunftsperspektiven zu eröffnen, ist eine eigene Initiative und Leistung der Schüler sehr wichtig für den Erfolg des Übergangsmanagements. Die Schülerinnen und Schüler der vier Hauptschulen kamen aus verschiedenen Gründen ins Berufsorientierungsbüro der jeweiligen Schule oder ins JAZ-Büro in

der Stadt. Einige waren sich noch nicht über ihre berufliche Perspektive im Klaren und benötigten Unterstützung beim Finden eines passenden Berufswunsches, während andere Hilfe bei der Suche von geeigneten Praktikums- oder Ausbildungsplätzen suchten. Einige SchülerInnen waren sehr weit in ihrer beruflichen Orientierung und kamen mit ganz gezielten Fragen zu Ausbildungsverfahren, Ausbildungsvergütungen oder rechtlichen Regelungen. Wieder andere hatten einen ganz allgemeinen Gesprächsbedarf oder nahmen die Hilfe beim Erstellen einer aussagekräftigen Bewerbung in Anspruch.

Intensität der Kontakte

Die Intensität der Kontakte ist an allen vier Schulen sehr unterschiedlich. Das Ziel des Übergangsmagements ist es, mit Hilfe der jeweils zuständigen Pädagogin alle Schülerinnen und Schüler zu erreichen, doch durch den freiwilligen Charakter ergibt sich ein vielfältiges Bild.

Etliche SchülerInnen nutzten die Beratungs- und Unterstützungsangebote sehr regelmäßig, woraus eine starke Verbindlichkeit für beide Seiten entstand, da gemeinsam ein kontinuierlicher Prozess verfolgt, bzw. begleitet wurde. Einige SchülerInnen haben die Kontakte nur einen begrenzten Zeitraum bzw. mit geringer Intensität aufrecht erhalten, da es um konkrete Fragestellungen ging oder um Angebote, die keine allzu große Kontinuität erfordern. Wieder andere hatten kein Interesse an einer Zusammenarbeit oder zeigten zu wenig Eigeninitiative, sodass die Fortführung der Arbeit nicht möglich war. Für das fehlende Interesse an einer Zusammenarbeit gibt es verschiedene Gründe. Einige SchülerInnen hatten bereits eine sichere Aussicht auf einen Ausbildungsplatz in dem gewünschten Berufsfeld, bzw. einen bereits abgeschlossenen Ausbildungsvertrag, sodass der Bedarf nach einer weiteren Unterstützung nicht gegeben war. Andere SchülerInnen sahen jedoch schlicht und ergreifend keine Notwendigkeit, sich um die persönliche Perspektivplanung zu kümmern oder hatten einfach keine Lust sich mit dem Thema Ausbildung zu beschäftigen. Gründe dafür sind oft mangelnde Reife oder Motivationsmangel.

Insgesamt haben 179 von 186 SchülerInnen und somit 96% der Jahrgangsstufe 9 gezielt die Angebote des Übergangsmagements genutzt. Bei 46 von ihnen war der Kontakt weniger intensiv (1-3 Termine), bei 133 SchülerInnen dagegen sehr intensiv (4-27 Termine).

Von insgesamt 78 SchülerInnen der 8. Jahrgangsstufe haben 52 SchülerInnen und somit 66% das Übergangsmangement genutzt. Dabei war der Kontakt bei 37 von ihnen weniger intensiv (1-3 Termine), bei 15 SchülerInnen sehr intensiv (4-12 Termine).

Verbleib der SchülerInnen der Jahrgangsstufe 9

Von den insgesamt 186 SchülerInnen des Abschlussjahrganges 2010 haben 47% den qualifizierenden Hauptschulabschluss gemacht, 45% den erfolgreichen Hauptschulabschluss und 8% haben die Schule ohne einen Abschluss verlassen. Von allen 78 SchülerInnen mit Migrationshintergrund haben 37 den qualifizierenden, 28 den erfolgreichen und 3 gar keinen Hauptschulabschluss gemacht.

Insgesamt können von den 186 Schülerinnen und Schülern des Abschlussjahrganges 2010 der vier Erlanger Hauptschulen 54% als erfolgreich vermittelt bezeichnet werden. Von diesen 54% konnten 25% in eine duale Ausbildung vermittelt werden, 17% bekamen einen Platz an einer der im Umkreis liegenden Berufsfachschulen, um dort eine schulische Ausbildung zu absolvieren und jeweils 6% wechselten auf die Wirtschaftsschule oder aufgrund ihres guten qualifizierenden Abschlusses in einer der 10M Klassen, um im Sommer 2011 die Mittlere Reife zu erlangen.

Dabei sind 33% aller SchülerInnen mit einem Hauptschulabschluss erfolgreich vermittelt worden, 81% mit einem qualifizierenden Abschluss und 6% ohne Abschluss.

Von diesen erfolgreich vermittelten SchülerInnen haben 35% einen Migrationshintergrund, was insgesamt 51% aller Schülerinnen und Schüler mit einem Migrationshintergrund ausmacht. Von den deutschen Schülerinnen und Schülern wurden insgesamt 55% erfolgreich vermittelt.

Ergebnis gesamt (Angaben in %)

	ABS	Mig	SGB	Wdh	BVJ	JoA	WS	10M	BGJ	BFS	EQJ	A	Son
o.A.	8	2	1	3	1	3	0	0	0	0	1	1	1
HS	45	22	3	15	8	1	0	0	1	6	2	9	5

Quali	47	19	4	0	7	0	6	6	1	11	0	15	1
gesamt	100	42	8	18	15	3	6	6	2	17	3	25	6

Ergebnis des Übergangsmagements im Schuljahr 2009/2010

9. Klassen

In %	Eichendorff-HS		Ernst-Penzoldt-HS		Mönau-Schule		Hermann-Hedenus	
	09/10	08/09	09/10	08/09	09/10	08/09	09/10	08/09
o. A. (1)	10	13	15	4	0	3	0	2
HS (2)	57	34	40	48	43	34	32	36
Quali	33	53	45	48	57	63	68	62
Mig (3)	67	53	42	53	22	35	9	25
SGB (4)	13	22	0	16	16	25	0	4
Wdh (5)	22	18	18	13	14	14	14	9
BS (6)	25	18	9	37	25	24	12	14
w. S. (7)	12	10	16	10	9	14	14	20
Ausb.(8)	36	41	49	33	47	40	60	48
Son. (9)	5	13	8	7	5	8	0	9
S. (10)	60	86	60	60	44	35	22	44
S Af (11)	36	51	34	43	32	22	16	28
A Af (12)	58%	69%	85%	47%	66%	64%	81%	75%

(1) ohne Abschluss, (2) Hauptschulabschluss, (3) Migrationshintergrund, (4) Hartz IV Bezug, (5) Wiederholen der 9. Klasse, (6) Berufsvorbereitungsjahr oder Jungarbeiterklasse an der Berufsschule, (7) Wechsel in die Wirtschaftsschule oder in den M-Zweig der Hauptschule, (8) Ausbildung in einer Berufsfachschule, Einstiegsqualifizierung oder duale Ausbildung, (9) Wegzug, FSJ, Mutterschutz, (10) Schüler gesamt absolut, (11) ausbildungsfähige Schüler absolut, (12) Ausbildungsquote in Bezug auf ausbildungsfähige Schüler in Prozent

(11) Ausbildungsfähige Schüler = Schüler gesamt abzüglich Wiederholer, weiterführende Schule und Sonstige.

	2009/2010	2008/2009
Schüler gesamt	186	225
Ausbildungsquote gesamt	47%	37%
Ausbildungsfähige Schüler gesamt	118	144
Ausbildungsquote in Bezug auf Ausbildungsfähigkeit gesamt	71%	63%

Ernst-Penzoldt-Hauptschule

Im Schuljahr 2009/2010 wurden insgesamt 102 Schülerinnen und Schüler der 8. und 9. Jahrgangsstufe betreut und beim Übergang zwischen Schule und Ausbildung unterstützt. Allgemein wurde das Übergangsmangement sehr gut angenommen und die SchülerInnen schätzten die Arbeit von JAZ e.V. an der Schule sehr.

Die regelmäßige Anwesenheit von JAZ e.V. an der Schule sowie die gute Zusammenarbeit mit den LehrerInnen, dem Schulsozialpädagogen und der Schulpsychologin vereinfachten die Kontaktaufnahme und ermöglichten das Eingehen auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der einzelnen Schülerinnen und Schüler.

Jahrgangsstufe 8

Im Schuljahr 2009/2010 wurden insgesamt 42 Schülerinnen und Schüler (23 Jungen und 19 Mädchen) der 8. Jahrgangsstufe betreut. Obwohl die Schüler sich noch nicht konkret um einen Ausbildungsplatz bewerben müssen, wurden Vorarbeiten geleistet, um sie für den Ausbildungsmarkt fit zu machen. Neben jeweils 13 – 16 Terminen pro Klasse, in denen der erste Kontakt zu den SchülerInnen hergestellt wurde und offene Fragen geklärt wurden, spielten hier die Einzelkontakte mit den SchülerInnen eine besonders große Rolle. Die Schüler nutzten die Einzelkontakte, um erste Probe-Bewerbungen zu schreiben und ihren eigenen Lebenslauf zu erstellen. Außerdem bekamen sie schon erste Informationen über Bewerbungsverfahren und die verschiedenen Möglichkeiten, die ihnen nach der 9. Klasse offen stehen. Neben den Einzelgesprächen im Berufsorientierungsbüro des JAZ e.V. an der Schule nutzten 14 Schülerinnen und Schüler zusätzlich das Angebot persönlicher Termine im JAZ-Büro in der Stadt. Im Durchschnitt nahmen die Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit zum Einzelkontakt rund 5 mal in Anspruch, dabei variierte die Häufigkeit der Einzelkontakte zwischen 0 und 12.

Jahrgangsstufe 9

Im Schuljahr 2009/2010 wurden insgesamt 60 SchülerInnen (26 Jungen und 34 Mädchen) der 9. Jahrgangsstufe betreut. In den jeweils 13 – 16 Terminen pro Klasse wurde zunächst der Kontakt zu den SchülerInnen hergestellt. Später ging es besonders um die Motivation der Schüler sowie um die Klärung wichtiger Fragen. Doch von besonderer Bedeutung waren die Einzelkontakte mit jedem Schüler. Dabei nutzten 16 SchülerInnen nicht nur die Einzelgespräche im Berufsorientierungsbüro des JAZ e.V. an der Schule, sondern vereinbarten zusätzlich persönliche Termine im JAZ-Büro in der Stadt. Im Durchschnitt kamen die Schülerinnen und Schüler rund 8 Mal zu einem Einzelgespräch ins JAZ-Büro und/oder in das Berufsorientierungsbüro in der Schule. Die tatsächliche Häufigkeit der Einzelkontakte variierte dabei je nach Bedarf zwischen 1 und 27. Durch die Einzelkontakte bekamen die SchülerInnen Informationen über Berufsbilder, Bewerbungsverfahren und die Anforderungen einer Berufsausbildung, sowie über die verschiedenen Berufsfachschulen oder andere schulische bzw. berufliche Perspektiven. Außerdem wurden sie bei dem Erstellen und Gestalten von aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen unterstützt.

Ergebnis gesamt (Angaben in %)

	ABS	Mig	SGB	Wdh	BVJ	JoA	WS	10M	BGJ	BFS	EQJ	A	Son
o.A.	15	0	0	8	2	2	0	0	0	0	2	0	2
HS	40	13	0	10	5	0	0	0	3	5	3	7	7
Quali	45	15	0	0	0	0	3	13	0	17	0	12	0
gesamt	100	42	0	18	7	2	3	13	3	22	5	19	9

Hermann-Hedenus-Hauptschule

Im Schuljahr 2009/2010 wurden insgesamt 73 Schülerinnen und Schüler der 8. und 9. Jahrgangsstufe betreut und beim Übergang zwischen Schule und Ausbildung unterstützt. Anfangs wurde das Übergangsmanagement etwas zögerlich angenommen, doch nachdem deutlich wurde, dass JAZ nicht vor Ort ist, um die Arbeit der schuleigenen Sozialpädagogen zu übernehmen, lief die Zusammenarbeit sehr gut.

Die regelmäßige Anwesenheit von JAZ e.V. an der Schule sowie die gute Zusammenarbeit mit den LehrerInnen, ermöglichten eine kontinuierliche Kontaktaufnahme zu den Schülerinnen und Schülern, denn diese kamen oft erst nach einer Auffroderung durch den Lehrer oder nach gemeinsamen Terminen mit dem JAZ und der Klasse zu einem Beratungsgespräch. Die LehrerInnen schätzten die Arbeit von JAZ an der Schule und suchten den Kontakt bei Fragen rund um Ausbildung, Berufsorientierung und Bewerbung.

Jahrgangsstufe 8

Zum Schuljahresbeginn stellte JAZ seine Arbeit an der Schule vor und bot den 8. Klassen Unterstützung bei der Suche nach Praktikumsplätzen an. Da die Lehrerinnen und Lehrer jedoch sehr aktiv waren und ihre SchülerInnen sehr motiviert und unterstützt haben, blieben nur einzelne Schülerinnen und Schüler, die die Hilfe im Berufsorientierungsbüro benötigten.

Zum Schuljahresende kamen die LehrerInnen der 8. Klassen auf das JAZ zu und baten um Unterstützen beim Verfassen von Bewerbungsunterlagen. Daraufhin wurden der Aufbau einer Bewerbung sowie verschiedene Formulierungen für unterschiedliche Bewerbungen im Unterricht besprochen und die Schüler erstellten Bewerbungsunterlagen. Diese wurden von JAZ gesichtet und ggf. verbessert. Die Jugendlichen freuten sich sehr über die Möglichkeit der Unterstützung, da sie sich dann gleich zu Beginn der 9. Klasse bewerben könnten.

Gemeinsam mit JAZ und einem Schülerpaten wurden weiterhin Vorstellungsgespräche erarbeitet und spielerisch ausprobiert. Die Schüler bekamen ein Feedback, um sich beim nächsten Mal anders, besser oder gleich gut zu verhalten.

Jahrgangsstufe 9

Im Schuljahr 2009/2010 wurden insgesamt 22 SchülerInnen (16 Jungen und 6 Mädchen) der 9. Jahrgangsstufe betreut. In den drei Klassenterminen wurde der Kontakt zu den Schülerinnen und Schülern hergestellt und es wurden wichtige Fragen geklärt. 16 der 22 Schülerinnen und Schüler nutzten die Möglichkeit des Einzelgesprächs im Berufsorientierungsbüro in der Schule, 4 davon nahmen auch einen persönlichen Termin im JAZ-Büro in der Stadt in Anspruch. Im Durchschnitt nahmen die Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit zum Einzelkontakt (im JAZ-Büro und/oder in der Schule) rund 2 mal in Anspruch, dabei variierte die tatsächliche Häufigkeit der Einzelkontakte je nach Bedarf zwischen 0 und 8. Die Schülerinnen und Schüler kamen meist mit sehr gezielten Fragen zum Erstellen von Bewerbungsunterlagen oder zur Suche von geeigneten Praktikumsplätzen. Durch die Einzelkontakte bekamen die SchülerInnen außerdem Informationen über Berufsbilder, Bewerbungsverfahren und die Anforderungen einer Berufsausbildung, sowie über die verschiedenen Berufsfachschulen oder andere schulische bzw. berufliche Perspektiven.

Ergebnis gesamt (Angaben in %)

	ABS	Mig	SGB	Wdh	BVJ	JoA	WS	10M	BGJ	BFS	EQJ	A	Son
o.A.	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
HS	32	5	0	14	5	0	0	0	0	0	5	9	0
Quali	68	5	0	0	9	0	14	0	9	5	0	32	0
gesamt	100	9	0	14	14	0	14	0	9	5	5	41	0

Grund- und Hauptschule Büchenbach-Nord

Im Schuljahr 2009/2010 wurden insgesamt 78 Schülerinnen und Schüler der 8. und 9. Jahrgangsstufe betreut und beim Übergang zwischen Schule und Ausbildung unterstützt. Das Übergangsmangement lief zunächst sehr schleppend an, da von Seiten der Schulleitung genaue Regeln kommuniziert wurden und die Lehrer sich weitestgehend allein um die Unterstützung ihrer Schülerinnen und Schüler kümmerten. Erst nach mehrmaligem Anbieten von Unterstützungsleitungen durch JAZ, nahmen vereinzelt SchülerInnen die Hilfe an.

Jahrgangsstufe 8

Im Schuljahr 2009/2010 wurden insgesamt 34 Schülerinnen und Schüler (22 Jungen und 12 Mädchen) der 8. Jahrgangsstufe betreut. Obwohl die Schüler sich noch nicht konkret um einen Ausbildungsplatz bewerben müssen, wurden Vorarbeiten geleistet, um sie für den Ausbildungsmarkt fit zu machen.

In den jeweils 2 Terminen pro Klasse wurde der erste Kontakt mit den SchülerInnen hergestellt und es wurden offene Fragen bezüglich der Praktika geklärt. Neben den Klassenterminen nutzten 18 Schülerinnen und Schüler zusätzlich die Möglichkeit eines Einzelgesprächs im Berufsorientierungsbüro an der Schule. Das Verfassen von Bewerbungsunterlagen stand dabei eher im Hintergrund. Die SchülerInnen bekamen statt dessen schon erste Informationen über Bewerbungsverfahren und die verschiedenen Möglichkeiten, die ihnen nach der 9. Klasse offen stehen.

Jahrgangsstufe 9

Im Schuljahr 2009/2010 wurden insgesamt 44 Schülerinnen und Schüler (23 Jungen und 21 Mädchen) der 9. Jahrgangsstufe betreut.

In enger Absprache mit den Klassenlehrern und der schuleigenen Sozialpädagogin wurden Termine mit den Schülern vereinbart. Dabei nutzten 18 SchülerInnen nicht nur die Einzelgespräche im Berufsorientierungsbüro des JAZ e.V. an der Schule, sondern vereinbarten zusätzlich persönliche Termine im JAZ-Büro in der Stadt. Im Durchschnitt nahmen die Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit zum Einzelkontakt (im JAZ-Büro und/oder in der Schule) rund 4 mal in Anspruch, dabei variierte die tatsächliche Häufigkeit der Einzelkontakte je nach Bedarf zwischen 1 und 21.

Neben den Einzelkontakten spielten jedoch die jeweils 12 - 13 Termine pro Klasse eine besondere Rolle. Durch die regelmäßige Anwesenheit von JAZ im Unterricht wurden die SchülerInnen dahingehend motiviert, wie wichtig es ist, sich um eine geeignete Lehrstelle, schulische Ausbildung oder einen weiteren Schulbesuch zu kümmern und das Angebot von JAZ an der Schule vor Ort zu nutzen.

Ergebnis gesamt (Angaben in %)

	ABS	Mig	SGB	Wdh	BVJ	JoA	WS	10M	BGJ	BFS	EQJ	A	Son
o.A.	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
HS	43	11	7	14	9	2	0	0	0	11	0	2	5
Quali	57	11	9	0	14	0	9	0	0	7	0	27	0
gesamt	100	22	16	14	23	2	9	0	0	18	0	29	5

Eichendorff-Hauptschule

Jahrgangsstufe 9

Im Schuljahr 2009/2010 wurden insgesamt 60 Schülerinnen und Schüler (36 Jungen und 24 Mädchen) der 9. Jahrgangsstufe betreut und beim Übergang zwischen Schule und Ausbildung unterstützt. Allgemein wurde das Übergangsmanagement sehr gut angenommen und die SchülerInnen schätzten die Arbeit von JAZ e.V. an der Schule sehr.

Neben jeweils 10 – 18 Terminen pro Klasse, in denen der Kontakt zu den SchülerInnen hergestellt und ein Bewusstsein für ihre berufliche und aktuelle Situation geschaffen wurde, waren wie in allen Schulen die Einzelkontakte mit jedem Schüler von großer Bedeutung. Dabei nutzten 44 SchülerInnen nicht nur den direkten Kontakt zu JAZ in der Schule, sondern vereinbarten zusätzlich persönliche Termine im JAZ-Büro in der Stadt. Im Durchschnitt nahmen die Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit zum Einzelkontakt (im JAZ-Büro und/oder in der Schule) rund 10 mal in Anspruch, dabei variierte die tatsächliche Häufigkeit der Einzelkontakte je nach Bedarf zwischen 1 und 26. Durch die Einzelkontakte bekamen die SchülerInnen Informationen über Berufsbilder, Bewerbungsverfahren und die Anforderungen einer Berufsausbildung, sowie über die verschiedenen Berufsfachschulen oder andere schulische bzw. berufliche Perspektiven. Außerdem wurden sie bei dem Erstellen und Gestalten von aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen unterstützt.

Ergebnis gesamt (Angaben in %)

	ABS	Mig	SGB	Wdh	BVJ	JoA	WS	10M	BGJ	BFS	EQJ	A	Son
o.A.	10	7	3	2	0	7	0	0	0	0	0	2	0
HS	57	38	5	20	10	0	0	0	0	7	0	15	5
Quali	33	22	5	0	8	0	5	7	0	10	0	2	2
gesamt	100	67	13	22	18	7	5	7	0	17	0	19	7

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das Übergangsmanagement an den Erlanger Hauptschulen insgesamt sehr gut angenommen wurde. Besonders an der Ernst-Penzoldt-Hauptschule und der

Eichendorff-Hauptschule waren die Lehrer und Schüler sehr dankbar für das Angebot der Unterstützung bei der Praktikums- und Ausbildungsplatzsuche sowie bei Bewerbungsverfahren. Doch trotz der hohen Eigenaktivität und Kompetenz der LehrerInnen an der Mönau-Hauptschule und der Hermann-Hedenus Hauptschule wurde JAZ e.V. auch hier oft zur Beratung hinzugezogen oder SchülerInnen nutzten das Angebot zum Einzelkontakt im JAZ-Büro in der Stadt. Insgesamt wurden viele der SchülerInnen durch die regelmäßige Anwesenheit von JAZ e.V. an den Schulen angeregt und motiviert etwas für ihre Zukunft zu tun und sich bei Fragen und Schwierigkeiten Hilfe zu holen.

Perspektiven für das Übergangsmanagement

Aus den Erfahrungen der drei Jahrgänge Übergangsmanagement an der Hauptschule lassen sich für die Perspektiven der weiteren Arbeit einige Schlussfolgerungen ziehen.

1. Der Bedarf an Unterstützung für die SchülerInnen der Hauptschulen im Bezug auf Berufsorientierung sowie allgemeiner Perspektiv- und Lebensplanung steigt stetig. Das liegt zum einen daran, dass die Hauptschule immer stärker zum Sammelbecken für sozial benachteiligte und leistungsschwache SchülerInnen wird, die sich zunehmend schwer tun, eigene Perspektiven zu entwickeln. Die familiäre Situation der SchülerInnen ist oft nicht geeignet, hier adäquate Unterstützung zu leisten. Auch sind Lebensentwürfe nicht mehr so leicht tradierbar wie in früheren Jahren. Die Klassenlehrer sind jedoch nicht in der Lage, den gesamten Bedarf aufzufangen oder zu befriedigen, sodass die Einrichtung eines eigenen Übergangsmanagements mit sozialpädagogischem Charakter nötig ist.
2. Übergangsmanagement braucht einen engen Kontakt zur Schule und den Lehrkräften, sowie eigene Arbeits- und Besprechungsräume. Denn gerade zu Beginn muss für die SchülerInnen die Hemmschwelle zur Nutzung der Angebote so gering wie möglich gehalten werden. Als positiv hat sich die Zusammenarbeit mit dem/der JugendsozialarbeiterIn an der Schule erwiesen. So können die Tätigkeiten intern koordiniert werden und schulinterne Teamstrukturen aufgebaut werden, die eine gegenseitige Unterstützung und einen konstruktiven Austausch ermöglichen.
3. Zum Aufgabenfeld des Übergangsmanagements gehören neben konkreter Berufsorientierung und Vermittlungsunterstützung vor allem auch die Förderung von Sozialkompetenzen und Schlüsselqualifikationen sowie im weitesten Sinne die Entwicklung von Lebensentwürfen. Daher ist es sinnvoll, bereits die 8. Jahrgangsstufen mit in das Angebot einzubeziehen bzw. ein eigenes Angebot für diese SchülerInnen zu entwerfen. Hier ist es möglich, zum Beispiel Praxis-Workshops und intensive Betriebserkundungen anzubieten. Auch können allgemeinere Themen aus dem Bereich Sozialkompetenzen und Lebensplanung viel entspannter und somit nachhaltiger angegangen werden.
4. Der Kompetenzbereich Übergangsmanagement muss verbindlich in der Jugendhilfe an Schulen verankert und mit entsprechenden Mitteln ausgestattet werden, sodass er nicht weiter den Unwägbarkeiten befristeter Projekte unterliegt. Er kann nicht als zusätzlicher Aufgabenbereich für den/die JugendsozialarbeiterIn an der Schule verstanden werden, sondern braucht eine eigene professionelle Kraft. Zugleich muss eine klare Struktur geschaffen werden, die alle beteiligte Kräfte einbindet und eine Kooperation möglich macht.
5. Im Sinne eines erfolgreichen und nachhaltigen Übergangsmanagements ist ein Ausbau von Ganztagesklassen unbedingt zu wünschen, da die Erfahrung zeigt, dass hier ein wesentlich intensiverer Kontakt mit und damit auch eine bessere individuelle Förderung der SchülerInnen möglich ist.

4. KOMBI-Kommunales Beratungs- und Informationsbüro rund um Ausbildung

Die offenen und großzügigen Räumlichkeiten erlauben eine vielseitige und intensive Nutzung. Beratungsgespräche, Bewerber-Coaching, Nachhilfe, Gruppentrainings und die Erstellung von Bewerbungsunterlagen werden im KOMBI durchgeführt.

50 Jugendliche aus anderen Schultypen und dem Landkreis nutzten im Jahr 2010 das umfangreiche Beratungsangebot. In den meisten Fällen ging es um den Prozess der Berufsfindung, Üben von Vorstellungsgesprächen und Erstellen von Bewerbungsunterlagen.

Bei den 10 RealschülerInnen ging es überwiegend um Fragen rund um Bewerbung sowie einzelne Berufsbilder. Die 6 Absolventen mit Hauptschulabschluss wurden unterstützt auf ihrem Weg in eine Einstiegsqualifizierung, bei den 23 Jugendlichen mit qualifizierendem Hauptschulabschluss wurden Gespräche über berufliche Orientierungen geführt. 9 SchülerInnen ohne Schulabschluss wurden hinsichtlich Perspektiven beraten. Ein Abiturient und zwei Fachabiturienten erkundigten sich über das duale Berufsausbildungssystem und hatten keinerlei Vorstellung darüber, welchen Beruf sie gerne ausüben würden.

Daneben werden die SchülerInnen der vier Erlanger Hauptschulen immer wieder dazu aufgefordert, ihre Bewerbungsunterlagen im KOMBI mit Unterstützung zu erstellen. Dies entlastet die Sozialpädagoginnen vor Ort, da sich gezeigt hat, dass Gespräche einen intensiveren Entwicklungsprozess in Gang setzen als das gemeinsame Anfertigen von Bewerbungsunterlagen in der Schule. Die Zeit in der Schule sollte für Persönlichkeitsentwicklung, Gruppentrainings und Gespräche genutzt werden, die letztendlich stets auf die richtige Berufswahl fokussieren.

Das Angebot nutzten im Schuljahr 2009/2010 **110 SchülerInnen**, 74 davon mit Migrationshintergrund. Die durchschnittliche Anwesenheit beträgt dreimal.

Im KOMBI werden die Bewerbungsunterlagen der SchülerInnen gespeichert und stehen so jederzeit für Anpassungen zur Verfügung. Auch lässt sich hier der Bewerbungsprozess gezielter überwachen und die Jugendlichen müssen auch selbst etwas tun. Den Weg ins KOMBI zu finden ist schon ein Schritt in die Richtung Eigenverantwortlichkeit und kann und muss von den SchülerInnen gefordert werden.

Die Intention des Übergangsmagements ist es nicht, in den Schulen ein „Luxus-Bewerbungszentrum“ aufzubauen, sondern die Förderung der individuellen Entwicklung jedes einzelnen Schülers in Richtung Ausbildungsfähigkeit.

5. Akquise- und Vermittlungsleistung des JAZ e.V. in 2009

(Stand 30.10.2009)

	2010	2009	2008	2007	2006
Ausbildungsplatzakquise	48	55	34	84	84
abgeschlossene Verträge	48	50	23	55	55
davon					
einzelbetriebliche Ausbildung	24	20	15	30	31
Berufsfachschule	18	19			
Verbundausbildung		0	0	11	5
Einstiegsqualifizierung	6	11	8	13	18

Die derzeitige Lage auf dem Ausbildungsmarkt hat zur Folge, dass **Ausbildungsplätze unbesetzt** bleiben. Eine aktive Akquise erfolgte daher im Jahr 2010 durch **gezielte Ansprache von Unternehmen für jeweils hierzu passende Jugendlichen**.

Ebenso wurde für einzelne Jugendlichen gezielt der Besuch einer berufsqualifizierenden Berufsfachschule als Perspektive angestrebt. Für einzelne ergibt sich so die Möglichkeit, persönlich zu reifen und über einen beruflichen Abschluss zu verfügen. Andere sind noch zu jung, um in dem gewünschten Ausbildungsberuf einen Vertrag zu erhalten (Gastronomie).

Für die nächsten Jahre ist davon auszugehen, dass es für die Betriebe immer schwieriger werden wird, geeigneten Nachwuchs zu finden. So ist ein frühzeitiger Auswahlprozess und Förderprozess auch für die Ausbildungsbetriebe ein interessantes Instrument, künftige Fachkräfte zu gewinnen. Erkennbar ist diese Entwicklung auch an der Erfahrung, dass immer mehr SchülerInnen, die ein Schulpraktikum absolvieren, Geld oder sonstige Vergünstigungen (z. B. Haarschnitt und Farbe) bekommen.

6. GGFA-Bericht – Jugend in Ausbildung 2010

Wie jedes Jahr boten wir verantwortlich für die Ausbildungsplatzvermittlung jugendlicher SGB II Leistungsbezieher, Schulabgänger und Altbewerber, ein umfangreiches Leistungsspektrum.

Dazu zählten:

- Durchführung von Informationsseminaren
- aufsuchende Kontaktaufnahmen
- Gruppen- und Differenzierungsgespräche
- Coachingmaßnahmen
- Berufsfindungsanalysen
- Eignungs- und Ausbildungsfähigkeitsprüfungen
- aktive Suche nach Praktikumsplätzen
- Ausbildungsplatzakquisition.

Leistungsbilanz

98 Schulabgänger:

- 14 haben ein Studium aufgenommen, (eine erstaunlich hohe Anzahl),
- 11 sind aus dem Bezug gefallen, z.B. wegen Umzug, Verdienst Eltern etc.
- 01 ist leider schwer erkrankt,
- 27 (37,5%) haben eine betriebliche Ausbildung aufgenommen,
- 14 (19,4%) gingen in eine schulische Ausbildung,
- 11 (15,2%) versuchen über EQJ in 2011 in eine Ausbildung zu kommen,
- 05 (6,9%) beginnen eine Ausbildung über eine Reha-Maßnahme
- 09 (12,5%) starten in den bekannten Maßnahmen (BaE, BVB, BVJ),
- 06 (8,3%) besitzen noch nicht die Ausbildungsreife und sind in der JuA Klasse.

Altbewerber:

34 Altbewerber (teils ü25 Jahre) haben eine betriebliche Ausbildung aufgenommen.

Migrationshintergrund, Gender Mainstreaming

Vermittelt in betriebliche Ausbildung: 54% waren weiblich – davon 52% mit Migrationshintergrund

Vermittelt in schulische Ausbildung: 75% waren weiblich – davon 55% mit Migrationshintergrund

(auch in allen anderen Bereichen gab es in etwa das gleiche Verhältnis)

Ute Weis

Anhang

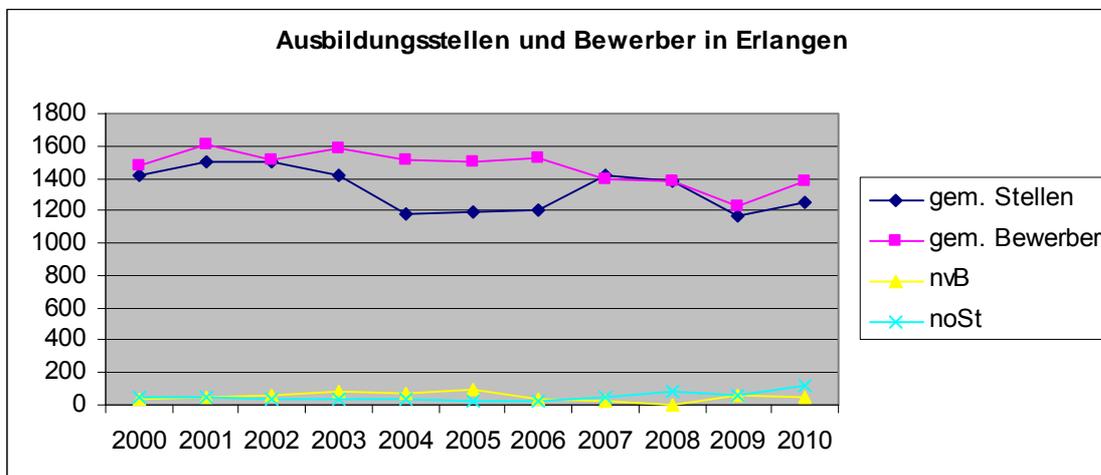
1 Zahlen der Berufsberatung Erlangen: Stadt und Landkreis

	Berufsausbildungsstellen				BewerberInnen			
	09/10	09/09	09/08	09/07	09/10	09/09	09/08	09/07
Nürnberg	5.007	4.498	5.098	4.688	4.154	3.695	4.683	4.986
Erlangen	1.250	1.167	1.383	1.422	1.383	1.230	1.378	1.400
Fürth	986	973	1.001	900	1.512	1.274	1.628	1.751
Schwabach	226	224	194	178	404	372	483	500
Lauf	435	378	355	361	732	646	641	835

	Noch nicht besetzte Ausbildungsstellen				Noch nicht vermittelte BewerberInnen			
	09/10	09/09	09/08	09/07	09/10	09/09	09/08	09/07
Nürnberg	285	256	298	256	224	155	130	226
Erlangen	122	58	78	52	53	60	4	27
Fürth	70	115	90	63	64	11	16	46
Schwabach	24	23	13	19	6	---	6	11
Lauf	36	31	35	57	5	5	5	8

	Bewerber: Stellen Relation				nvB : noST Relation (*)			
	09/10	09/09	09/08	09/07	09/10	09/09	09/08	09/07
Nürnberg	100:120	100:122	100:109	100:94	100:127	100:165	---	100:113
Erlangen	100:90	100:111	100:100	100:101	100:230	---	---	100:192
Fürth	100:65	100:76	100:61	100:51	100:109	---	---	100:137
Schwabach	100:56	100:60	100:40	100:35	---	---	---	100:173
Lauf	100:59	100:58	100:55	100:43	---	---	---	100:712

(*) nicht vermittelte Bewerber zu noch offene Stellen Relation
 In Nürnberg und Erlangen noch die beste Bewerber: Stellen-Relation



Bei der Berufsberatung gemeldete Ausbildungsstellen im Arbeitsamtsbezirk Nürnberg

Berufsbereich		Berufsausbildungsstellen nach BBiG		
		09/10	09/09	Veränderung %
I, II	Pflanzen, Landwirtschaft, Bergbau	56	53	5,7
III	Metallberufe	876	750	16,8
	Elektroberufe	393	360	9,2
	Textil-, Bekleidung- u. Lederberufe	22	16	37,5
	Ernährungsberufe	441	399	10,5
	Bau- und Baunebenberufe einschl. Tischler	309	297	4,0
	Druckberufe, übrige Fertigungsberufe	296	265	11,7
IV	Technische Berufe	130	117	11,1
V	Waren- u. Dienstleistungskaufleute	2.290	2.063	11,0
	Verkehrsberufe	237	245	- 3,3
	Org-, Verwaltungs- u. Büroberufe	1.560	1.463	6,6
	Körperpfl., Gästebetr., Hausw.-u. Reinigung	736	641	14,8
	Übrige Dienstleistungsberufe	558	571	- 2,3
Insgesamt		7.904	7.240	9,2

Bei der Berufsberatung gemeldete Berufsausbildungsstellen und BewerberInnen für die Geschäftsstelle Erlangen

Berufsbereich		Berufsausbildungsstellen nach BBiG			Bewerber/innen		
		09/10	09/09	Veränd. in %	09/10	09/09	Veränd. in %
I,II	Pflanzen, Landwirtschaft, Bergbau	13	10	30,0	29	32	-9,4
III	Metallberufe	180	144	25,0	153	175	-12,6
	Elektroberufe	37	42	-11,9	87	66	31,8
	Textil-, Bekleidung- u. Lederberufe	---	---	---	5	---	---
	Ernährungsberufe	83	84	-1,2	56	51	9,8
	Bau- und Baunebenberufe, Tischler	45	28	60,7	59	65	-9,2
	Druckberufe, übrige Fertigungsberufe	25	18	38,9	52	54	-3,7
IV	Technische Berufe	30	41	-26,8	33	32	3,1
V	Waren- und Dienstleistungskaufleute	37,0	348	6,3	332	285	16,5
	Verkehrsberufe	2,4	13	84,6	23	---	---
	Org-, Verwaltungs- u. Büroberufe	225	233	-3,4	336	261	28,7
	Körperpfl., Gästebetr., Hausw.-u. Reinigung	119	124	-4,0	91	95	-4,2
	Übrige Dienstleistungsberufe	99	82	20,7	127	96	32,3
Insgesamt		1.250	1.167	7,1	1.383	1.230	12,4

Berufsbereich		Noch offene Ausbildungsstellen		Noch nicht vermittelte BewerberInnen	
		09/10	09/09	09/10	09/09
I,II	Pflanzen, Landwirtschaft, Bergbau		---		---
III	Metallberufe		---		---
	Elektroberufe		---		---
	Textil-, Bekleidung- u. Lederberufe		---		---
	Ernährungsberufe		7		---
	Bau- und Baunebenberufe, Tischler		---		---
	Druckberufe, übrige Fertigungsberufe		---		
IV	Technische Berufe		---		---
V	Waren- und Dienstleistungskaufleute		30		---
	Verkehrsberufe		---		---
	Org-, Verwaltungs- u. Büroberufe		3		---
	Körperpfl., Gästebetr., Hausw.-u. Reinigung		10		---
	Übrige Dienstleistungsberufe		3		
Insgesamt			58		3

Protokollvermerk:

Der Ausbildungsbericht wird auf Vorschlag von Herrn StR Dr. Janik in den Haupt-, Finanz- und Personalausschuss nach den Haushaltsberatungen im März vertagt.

Abstimmung:

vertagt

TOP 14

30-R/018/2010

Sondernutzungsgebühren bei Google Street-View-Fahrten; Fraktionsantrag Nr. 115/2010 der Fraktion Erlanger Linke

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Mit dem Fraktionsantrag soll erreicht werden, dass der Internetdienst Google Street View des US-amerikanischen Unternehmens Google Inc. mit Sitz in Mountain View (Kalifornien) Gebühren an die Stadt Erlangen für das Fotografieren der Straßenzüge mit anschließendem Verwenden der Bilder bezahlt.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

In dem Fraktionsantrag wird deshalb beantragt, dass die Verwaltung prüft unter welchen Voraussetzungen die Stadt Erlangen eine Gebühr „für die Erhebung von Daten und das Scannen der Straßen und Häuser erheben kann“.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Die Aktivitäten von Google Street View wurden in den vergangenen Monaten in ganz Deutschland von der Bevölkerung wie auch von verschiedenen Behörden beobachtet und begutachtet. Es wurden Aussagen getroffen, welche Anforderungen von Google Street View zu erfüllen sind. In besonderem Maße setzen sich Hamburger Behörden mit der Problematik auseinander, weil sich dort der deutsche Firmensitz befindet. U. a. wurde auch geprüft, ob die Aufnahmefahrten Sondernutzungen nach Straßenrecht darstellen könnten. Das Ergebnis der Überprüfungen ist jedoch, dass die Fahrzeuge sich noch im üblichen Rahmen des Straßenverkehrs bewegen und dass somit „Gemeingebrauch“ und keine „Sondernutzung“ vorliegt.

Diese Auffassung wurde auch vom Bayerischen Landesamt für Datenschutzaufsicht in der Regierung von Mittelfranken im Rahmen einer Dienstbesprechung am 21.07.2010 vorgetragen.

Die rechtlichen Voraussetzungen für die Erhebung von Sondernutzungsgebühren liegen deshalb nicht vor. Es kann auch nicht davon ausgegangen werden, dass Google Street View solche Gebühren einfach bezahlen würde.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:

Weitere Ressourcen

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

Ergebnis/Beschluss:

1. Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.
2. Der Fraktionsantrag Nr. 115/2010 der Fraktion Erlanger Linke vom 28.10.2010 ist damit abschließend bearbeitet.

Abstimmung:

einstimmig angenommen
mit 13 gegen 0

TOP 14.1

241/027/2011

Vereine - Umsetzung der Leistungskostenverrechnung - Fraktionsantrag 004/2011 der CSU-Stadtratsfraktion vom 17. Januar 2011

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Kostentransparenz bei der bezuschussten Überlassung bebauter Flächen an Vereine und Organisationen

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Abbildung des vollständigen Ressourcenverbrauches unter Beachtung des Verursacherprinzips

- Belastung der zuständigen Fachbereiche mit den Zuschüssen für die Nutzung von Gebäudeflächen durch Vereine und Organisationen
- keine Belastung des GME-Budgets („versteckte Subventionen“)

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Bei dauerhafter und alleiniger Nutzung von Flächen durch Dritte ist laut AGA das GME zuständig.

Wenn z. B. im Rahmen einer örtlichen Rechnungsprüfung bekannt wird, dass Flächen dauerhaft und ausschließlich durch Dritte genutzt werden, erfolgt die Übernahme bestehender Verträge zwischen Dritten und den betroffenen Fachbereichen durch das GME.

Existiert kein Vertrag, erfolgt der Abschluss durch das GME. In jedem Fall ist die ortsübliche, angemessene Miete oder Pacht zugrunde zu legen, die vom Nutzer an das GME zu zahlen ist.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Es obliegt den zuständigen Fachbereichen, Zuschüsse zu gewähren oder eine politische Entscheidung über die Bewilligung von Zuschüssen herbeizuführen.

Die Umsetzung ist letztendlich haushaltsneutral, da den Aufwendungen für Zuschüsse der Fachbereiche entsprechende Mehrerlöse im GME gegenüberstehen.

Ergebnis/Beschluss:

Der Fraktionsantrag 004/2011 "Vereine / Umsetzung der Leistungskostenverrechnung" der CSU-Stadtratsfraktion vom 17. Januar 2011 ist erledigt.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 13 gegen 0

TOP 15

Haushaltsberatung 2011

Beratung und Behandlung der Anträge zum Haushalt 2011 für die unter TOP 17 genannten Ämter

TOP 15.1

112/023/2010

Änderung und Ergänzung des Stellenplanes 2011 (siehe Verwaltungsvorlage), 1. Neufassung vom 12.2010

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Die Stadt Erlangen soll mit den zur Verfügung gestellten Planstellen alle gesetzlichen und freiwilligen Aufgaben erfüllen.

2. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Die Ergänzungen und Änderungen werden auf Verwaltungsebene umgesetzt

Haushaltsmittel sind auf HHSt. bzw.im Budget nicht vorhanden!

Protokollvermerk:

Zu lfd. **Nr. 5:**

Der Antrag wird zurückgezogen.

Zu lfd. **Nrn. 6 und 7:**

Die Verwaltung wird beauftragt, die Reorganisation des Amtes 13 zu überprüfen (mit 13 gegen 0 Stimmen). Die lfd. Nrn. 6 und 7 werden aus dem weiteren Stellenplanverfahren herausgenommen.

Zu Lfd. **Nr. 10:**

Der Antrag wird zurückgezogen.

Zu lfd. **Nr. 12:**

Die Behandlung des Antrages wird auf 2012 verschoben.

Ergebnis/Beschluss:

Der Stellenplan der Stadt Erlangen 2011 wird anhand der Verwaltungsvorlage Liste A (1. Neufassung vom Dezember 2010) und der Liste B (1. Neufassung vom Dezember 2010) geändert und ergänzt.

Abstimmung:

Mehrfachbeschlüsse

TOP 15.2

Mitteilungen zur Kenntnis - Wortanträge Ergebnishaushalt und Finanzhaushalt zum Haushalt 2011

TOP 15.2.1

11/030/2010

Fraktionsantrag der Grünen Liste Nr. 163/2010; Haushaltskonsolidierung 2011 Umstrukturierungen Liegenschaftsamt, Sportamt und Friedhofsgärtnerei

Sachbericht:

- Eingliederung des Liegenschaftsamtes (Amt 23) als Abteilung in das Gebäudemanagement (Amt 24)

Amt 23 könnte grds. als weitere Abteilung dem Amt 24 angegliedert werden.

Die Verwaltung der Miet- und Pachtverhältnisse wurde bereits 2005 organisatorisch und personell von Amt 23 in das Amt 24 integriert. Die noch vorhandenen Schnittstellen sind optimiert.

Die im Antrag erwarteten und nicht bezifferten Synergieeffekte sind aus Sicht der Verwaltung nicht gegeben. Der Amtsleiter des Amtes 24 leitet in Personalunion auch bereits die Abteilung Techn. Gebäudemanagement, bei Zuordnung einer weiteren Abteilung wird die Leitungsspanne als auf Amtsebene zu groß angesehen.

Einsparungen durch den Wegfall von Planstellen sind nicht erkennbar.

- Eingliederung der „Friedhofsgärtnerei“ des Standesamtes (Amt 34) in den Betrieb für Stadtgrün, Abfallwirtschaft und Straßenreinigung (EB77)

Das Sachgebiet Bestattungen und Friedhofswesen (Sachgebiet 34-3; eine „Friedhofsgärtnerei“ im klassischen Sinn besteht nicht) könnte grds. als viertes Sachgebiet der Abteilung Stadtgrün (Abt. 773) angegliedert werden.

Die im Antrag erwarteten und nicht bezifferten Synergieeffekte sind aus Sicht der Verwaltung jedoch nicht gegeben.

Eine Sachgebietsleiter-Stelle kann aufgrund der wahrzunehmenden Sachbearbeitungsaufgaben nicht eingespart werden. Der Standort mit Werkstatt auf dem Zentralfriedhof müsste ebenfalls erhalten bleiben, weil der Bestattungsbetrieb kurzfristige Einsatzbereitschaft und schnelle Verfügbarkeit erfordert. Eine Trennung von Bestattungen und Friedhofsunterhalt wird nicht für sinnvoll angesehen. Aufgrund des dezentralen Erlanger Friedhofskonzeptes (11 Friedhöfe) wird eine Einsparung eines Standortes od. einer Werkstatt bei einer Zusammenlegung nicht für sinnvoll erachtet.

1996 wurde der Bereich Bestattungs- und technisches Friedhofswesen dem Standesamt zugeordnet und arbeitet nach Mitteilung der Dienststelle seit Jahren kostendeckend.

- Eingliederung des Sportamtes (Amt 52) in das Kultur- und Freizeitamt (Amt 41)

Ein Zusammenschluss wäre theoretisch möglich. Die im Antrag erwarteten und nicht bezifferten Synergieeffekte sind aus Sicht der Verwaltung jedoch nicht gegeben.

Es sind keine Schnittmengen (weder in der Sportförderung noch bei den Zielgruppen), sowie keine Einsparungen durch den Wegfall von Planstellen erkennbar.

Protokollvermerk:

Die Ausschussmitglieder sind damit einverstanden, dass der Antrag auf Eingliederung der Friedhofsgärtnerei in den EB77 als Prüfauftrag an die Verwaltung erteilt wird.

Ergebnis/Beschluss:

Die genannten Umstrukturierungen mit Ausnahme der Friedhofsgärtnerei (Protokollvermerk) werden derzeit nicht weiterverfolgt.

Der Antrag der Grünen Liste Nr. 163/2010 vom 30.11.2010 ist damit bearbeitet.

Abstimmung:

mehrheitlich angenommen

mit 12 gegen 1

TOP 15.3

II/074/2011

Fachamtsbudgets für die der HFPA als Fachausschuss zuständig ist (siehe aufbereitete Antragsunterlagen zum Haushalt 2011)

Protokollvermerk:

Bei Amt 20 werden die Beratungskosten zur Erstellung der doppischen Eröffnungsbilanz auf Vorschlag der SPD-Fraktion von 40.000 € auf **30.000 €** reduziert.

Ergebnis/Beschluss:

Die Einzelanträge ergeben sich aus dem anhängenden Abstimmungsskript.

Abstimmung:

Mehrfachbeschlüsse

TOP 15.4

112/024/2010

Maßnahmenvorschläge von Rödl + Partner

Sachbericht: siehe Anlage

Haushaltsmittel sind auf HHSt. bzw. im Budget nicht vorhanden!

Protokollvermerk:

Zu lfd. Nr. 6 Einführung einer dreimonatigen Wiederbesetzungssperre:

Der Maßnahmenvorschlag „Einführung einer dreimonatigen Wiederbesetzungssperre“ von Rödl & Partner wird mit **0 gegen 13 Stimmen** abgelehnt.

Der Alternativvorschlag der Verwaltung zur Wiederbesetzungssperre (**spezifische Budgetkürzung des Personalkostenbudgets** des betreffenden Fachamtes **für 2 Monate**, siehe Tagesordnungspunkt 11.3) wird mit **11 gegen 2 Stimmen** angenommen.

Herr StR Winkler stellt folgenden Antrag:

Neben den städtischen Schulen und Amt 51 wird auch der Hartz IV-Arbeitsbereich im Amt 50 von der Wiederbesetzungssperre ausgenommen.

Dieser Antrag wird mit **7 gegen 6 Stimmen** angenommen.

Herr StR Dr. Janik stellt folgenden Antrag:

Die Wiederbesetzungssperre wird erstmals für den Haushalt 2011 eingeführt. Für die Haushaltsberatungen 2012 ist diese Thematik seitens der Verwaltung wieder vorzulegen.

Dieser Antrag wird mit **13 gegen 0 Stimmen** angenommen.

Ergebnis/Beschluss:

Die Maßnahmenvorschläge von Rödl & Partner werden anhand der Abstimmungsvorlage begutachtet.

Die Beschlussfassung am 24.02.2011 erfolgt im Rahmen der Verwaltungsvorlage zum Haushalt bzw. Stellenplan 2011 bzw. durch gesonderte Beschlussvorlagen bei Maßnahmenvorschlägen ohne quantifizierte Haushaltsentlastung.

Abstimmung:

Mehrfachbeschlüsse

TOP 15.5

II/075/2011

Anträge zum Finanzhaushalt/Investitionsprogramm der Fachämter für die der HFPA als Fachausschuss zuständig ist (siehe aufbereitete Antragsunterlagen zum Haushalt 2011)

Protokollvermerk:

Die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes erfolgt in der Sitzung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses am 15.02.2011.

Abstimmung:

vertagt

TOP 16

Fraktionsanträge zu den Arbeitsprogrammen

TOP 16.1

11/023/2010

**Fraktionsantrag SPD 156/2010 vom 30.11.2010 zum Arbeitsprogramm des Personal- und Organisationsamtes;
Anonymisiertes Bewerbungsverfahren**

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Prüfung der o.g. Option zur Realisierung von Diversityansätzen in der Verwaltung.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Erfahrungen mit einem anonymisierten Bewerbungsverfahren abfragen.
Vorschlag für weiteres Vorgehen bei der Stadt Erlangen erstellen.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Die Erfahrungsrecherche wird antragsgemäß durchgeführt.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Für die Bearbeitung des Fraktionsantrags wurde ein Personalaufwand in der Personalverwaltung für Umfrage, Analyse der Rückmeldungen, grobe Prozessanalyse, Personalbedarfsbemessung, Abstimmung, Vorgehensvorschlag von ca. 22 Personentagen, mit einem **Personalkostenaufwand von rund 6.300 EUR**, errechnet.

Die Kosten für eine eventuelle spätere Konzeptentwicklung bzw. Umsetzung des anonymisierten Bewerbungsverfahrens bzw. die dafür erforderliche zusätzliche Stellenkapazität **sind in obiger Rechnung nicht enthalten.**

Ergebnis/Beschluss:

Die Personalverwaltung berichtet über die Erfahrungen anderer Kommunen und staatlicher Stellen mit dem anonymisierten Bewerbungsverfahren und erstellt einen Vorschlag für das weitere Vorgehen bei der Stadt Erlangen.

Der Fraktionsantrag ist damit erledigt.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 13 gegen 0

TOP 16.2

24/022/2011

Antrag zum Arbeitsprogramm 2011 des Gebäudemanagements: Begleitende Maßnahmen für Inklusion; hier: Antrag Nr. 148/2010 der SPD-Stadtratsfraktion zum Haushalt 2011

Sachbericht:

Seit der Einführung des Gebäudemanagements der Stadt Erlangen wird bei Neubau- bzw. Sanierungsmaßnahmen der jeweilige Vorentwurf in einem festgelegten Verfahren abgestimmt. Diese sogenannte AG Maßnahmen (Arbeitsgruppe Maßnahmen) besteht aus Vertretern sämtlicher Dienststellen, die in irgendeiner Form an dem Gebäude sachlich oder fachlich beteiligt sind. Unter anderem sind in dieser AG Maßnahmen auch die Sicherheitsfachkraft, der Brandschutzbeauftragte und der Behindertenberater vertreten.

Auf diese Weise wird bereits heute sichergestellt, dass sämtliche Anforderungen bezüglich der Gebäude-Nutzung durch behinderte Menschen in einem frühen Stadium Eingang in die Planung finden. Die entsprechenden Anforderungen aus der AG Maßnahmen werden protokolliert und bei der weiteren Planung jeweils umgesetzt.

Lt. Auskunft des Behindertenberaters, Herrn Grützner, werden von ihm neben den gesetzlichen Vorschriften insbesondere der Stadtratsbeschluss „Barrierefreies Bauen“ vom 27.05.1998, sowie die BRK-Behindertenrechtskonvention (Gesetz vom 21.12.2008) als Planungsprämisse zugrunde gelegt.

Kenntnisnahme:

Der Sachbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 17

**Begutachtung der Stellenpläne der Fachämter und Begutachtung der Fachämterbudgets
Beschlussfassung der Arbeitsprogramme (siehe Band "Arbeitsprogramme 2011")**

TOP 17.1

Gst/005/2010

Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2011 der Gleichstellungsstelle für Frauenfragen - siehe Arbeitsprogramme 2011 in gebundener Form ab Seite 9

Sachbericht:

siehe Arbeitsprogramm

Protokollvermerk:

Auf Antrag der SPD-Fraktion erfolgt getrennte Abstimmung über die Ziffern 1 und 2 des Beschlussvorschlages.

Ergebnis/Beschluss:

1. Dem Stellenplan 2011 für die Gleichstellungsstelle wird zugestimmt. Dem Gesamtbudget (die Gesamtbudgethöhe) für die Gleichstellungsstelle wird zugestimmt. Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung erfolgt im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und Stadtrat.

Beschluss: mit 9 gegen 4 Stimmen angenommen

2. Das Arbeitsprogramm 2011 für die Gleichstellungsstelle wird unter Berücksichtigung des noch festzustellenden Budgets inhaltlich beschlossen.

Beschluss: mit 13 gegen 0 Stimmen angenommen

Abstimmung:

Mehrfachbeschlüsse

TOP 17.2

201/004/2011

**Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2011 der Personalvertretung
- siehe Arbeitsprogramm 2011 in gebundener Form ab Seite 17**

Sachbericht:

siehe Arbeitsprogramm

Ergebnis/Beschluss:

1. Dem Stellenplan 2011 der Personalvertretung wird zugestimmt. Dem Gesamtbudget (die Gesamtbudgethöhe) für die Personalvertretung wird zugestimmt. Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung erfolgt im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und Stadtrat.

2. Das Arbeitsprogramm 2011 für die Personalvertretung wird unter Berücksichtigung des noch festzustellenden Budgets inhaltlich beschlossen.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 13 gegen 0

TOP 17.3

eGov/013/2010

Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2011 des eGovernment-Centers - siehe Arbeitsprogramme 2011 in gebundener Form ab Seite 19

Sachbericht:

siehe Arbeitsprogramm

Ergebnis/Beschluss:

1. Dem Stellenplan 2011 für das eGovernment-Center wird zugestimmt. Dem Gesamtbudget (die Gesamtbudgethöhe) für das e-Government-Center wird zugestimmt. Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung erfolgt im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und Stadtrat.

2. Das Arbeitsprogramm 2011 für das eGovernment-Center wird unter Berücksichtigung des noch festzustellenden Budgets inhaltlich beschlossen.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 13 gegen 0

TOP 17.4

11/021/2010

Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2011 des Personal- und Organisationsamtes - siehe Arbeitsprogramme 2011 in gebundener Form ab Seite 29

Sachbericht:

siehe Arbeitsprogramm

Protokollvermerk:

Die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes wird in die Sitzung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses am 15./16.02.2011 vertagt. Dies steht im Zusammenhang mit der Mitteilung zur Kenntnis unter TOP 11.2 – Eingliederungsmanagement.

Abstimmung:

vertagt

TOP 17.5

13-2/076/2011

**Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2011 des Bürgermeister- und Presseamtes (Amt 13)
-siehe Arbeitsprogramme 2011 in gebundener Form ab Seite 37**

Sachbericht:

siehe Arbeitsprogramm

Ergebnis/Beschluss:

1. Dem Stellenplan 2011 des Bürgermeister- und Presseamtes wird zugestimmt. Dem Gesamtbudget (die Gesamtbudgethöhe) für das Bürgermeister- und Presseamt wird zugestimmt. Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung erfolgt im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und Stadtrat.

2. Das Arbeitsprogramm 2011 des Bürgermeister- und Presseamtes wird unter Berücksichtigung des noch festzustellenden Budgets inhaltlich beschlossen.

Abstimmung:

mehrheitlich angenommen

mit 8 gegen 5

TOP 17.6

II/073/2010

**Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2011 der Stadtkämmerei sowie
Abt. Wirtschaftsförderung und Arbeit
- siehe Arbeitsprogramme 2011 in gebundener Form ab Seite 49**

Sachbericht:

siehe Arbeitsprogramm

Ergebnis/Beschluss:

1. Dem Stellenplan 2011 für die Stadtkämmerei sowie der Abt. Wirtschaftsförderung und Arbeit wird zugestimmt. Dem Gesamtbudget (die Gesamtbudgethöhe) für die Stadtkämmerei sowie der Abt. Wirtschaftsförderung und Arbeit wird zugestimmt. Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung erfolgt im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und Stadtrat.

2. Das Arbeitsprogramm 2011 für die Stadtkämmerei sowie der Abt. Wirtschaftsförderung und Arbeit wird unter Berücksichtigung des noch festzustellenden Budgets inhaltlich beschlossen.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 13 gegen 0

TOP 17.7

30-R/016/2011

**Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2011 des Amtes für Recht und
Statistik (Amt 30) - siehe Arbeitsprogramme 2011 in gebundener Form ab Seite 89**

Sachbericht:

siehe Arbeitsprogramm

Ergebnis/Beschluss:

1. Dem Stellenplan für das Amt für Recht und Statistik wird zugestimmt.
Dem Gesamtbudget (der Gesamtbudgethöhe) für das Amt für Recht und Statistik wird zugestimmt.

Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung erfolgt im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und im Stadtrat.

2. Das Arbeitsprogramm 2011 für das Amt für Recht und Statistik wird unter Berücksichtigung des noch festzustellenden Budgets inhaltlich beschlossen.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 12 gegen 0

TOP 17.8

33/003/2010

Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2011 des Bürgeramtes - siehe Arbeitsprogramme 2011 in gebundener Form ab Seite 121

Sachbericht:

siehe Arbeitsprogramm

Ergebnis/Beschluss:

1. Dem Stellenplan 2011 für das Bürgeramt wird zugestimmt. Dem Gesamtbudget (die Gesamtbudgethöhe) für das Bürgeramt wird zugestimmt. Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung erfolgt im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und Stadtrat

2. Das Arbeitsprogramm 2011 für das Bürgeramt wird unter Berücksichtigung des noch festzustellenden Budgets inhaltlich beschlossen.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 12 gegen 0

TOP 17.9

34/007/2010

Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2011 des Standesamtes - siehe Arbeitsprogramm 2011 in gebundener Form ab Seite 129

Sachbericht:

siehe Arbeitsprogramm

Ergebnis/Beschluss:

1. Dem Stellenplan 2011 für das Standesamt wird zugestimmt. Dem Gesamtbudget (die Gesamtbudgethöhe) für das Standesamt wird zugestimmt. Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung erfolgt im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und Stadtrat.

2. Das Arbeitsprogramm 2011 für das Standesamt wird unter Berücksichtigung des noch festzustellenden Budgets inhaltlich beschlossen.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 12 gegen 0

TOP 17.10

37/010/2010

Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2011 des Amtes für Brand- und Katastrophenschutz (Amt 37) - siehe Arbeitsprogramme 2011 in gebundener Form ab Seite 135

Sachbericht:

siehe Arbeitsprogramm

Ergebnis/Beschluss:

1. Dem Stellenplan 2011 für das Amt für Brand- und Katastrophenschutz wird zugestimmt. Dem Gesamtbudget (der Gesamtbudgethöhe) für das Amt für Brand- und Katastrophenschutz wird zugestimmt. Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung erfolgt im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und Stadtrat.
2. Das Arbeitsprogramm 2011 für das Amt für Brand- und Katastrophenschutz wird unter Berücksichtigung des noch festzustellenden Budgets inhaltlich beschlossen.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 12 gegen 0

TOP 17.11

39/006/2011

Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2011 des Amtes für Veterinärwesen und gesundheitlichen Verbraucherschutz (Amt 39) - siehe Arbeitsprogramm 2011 in gebundener Form ab Seite 143

Sachbericht:

siehe Arbeitsprogramm

Ergebnis/Beschluss:

1. Dem Stellenplan für das Amt für Veterinärwesen und gesundheitlichen Verbraucherschutz wird zugestimmt.
Dem Gesamtbudget (die Gesamtbudgethöhe) für das Amt für Veterinärwesen und gesundheitlichen Verbraucherschutz wird zugestimmt.
Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung erfolgt im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und im Stadtrat.
2. Das Arbeitsprogramm 2011 für das Amt für Veterinärwesen und gesundheitlichen Verbraucherschutz wird unter Berücksichtigung des noch festzustellenden Budgets inhaltlich beschlossen.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 12 gegen 0

TOP 18

Beratung und Behandlung der sonstigen Anträge zum Haushalt 2011 für die der HFPA zuständig ist

TOP 18.1

II/076/2011

Anträge zum Ergebnishaushalt außerhalb der Fachamtsbudgets (siehe aufbereitete Antragsunterlagen zum Haushalt 2011)

Sachbericht: siehe Anlage

Protokollvermerk:

Zu lfd. Nr. **HH 6**. Tag der Altstadt:

Der Betrag wird auf Vorschlag von Herrn StR Winkler von 3.000 € auf 2.000 € reduziert.

Zu lfd. Nr. **HH 9**. Höhere Beteiligung der Sparkasse:

Die Behandlung des Antrages wird auf Antrag von Herrn StR Winkler bis zur Sitzung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses am 15.02.2011 vertagt um eine ausführlichere Behandlung des als Tischaufgabe vorgelegten Schreibens der Sparkasse zu ermöglichen.

Zu lfd. Nr. **HH 11**. Umsetzung Konzept IT an Erlanger Schulen:

Herr StR Jarosch bittet um einen Zwischenbericht für den Haupt-, Finanz- und Personalausschuss im Juni oder Juli 2011.

Zu lfd. Nr. **HH 16**. Einführung einer Kulturtaxe:

Herr StR Dr. Janik beantragt, die Angelegenheit bis zum 15.2.2011 zu vertagen, weil bis zu diesem Zeitpunkt eine Klage der Stadt München gegen die Versagung der Einführung einer Kulturtaxe durch das Innenministerium entschieden sein könnte.

Der Antrag wird mit 6 gegen 7 Stimmen abgelehnt.

Herr StR Winkler beantragt, die Einführung einer Kulturtaxe zu beschließen und mit der Umsetzung abzuwarten, bis ein Urteil im Falle der Stadt München vorliegt.

Zunächst erfolgt eine Abstimmung über die Einführung einer Kulturtaxe.

Die Einführung einer Kulturtaxe wird mit 5 gegen 8 Stimmen abgelehnt.

Zu lfd. Nr. **HH 19.3**. Anpassung Zins und Tilgung:

Diese Position wird an den Haushaltsabgleich in der Sitzung des Stadtrates am 24.02.2011 verwiesen.

Ergebnis/Beschluss:

Die Einzelanträge ergeben sich aus dem anhängenden Abstimmungsskript.

Abstimmung:

Mehrfachbeschlüsse

TOP 18.2

II/078/2011

Anträge zum Ergebnishaushalt und zum Finanzhaushalt seit dem 16.12.2010

Sachbericht: siehe Anlage

Ergebnis/Beschluss:

Die Einzelanträge ergeben sich aus den aufgelegten Abstimmungsunterlagen.

Abstimmung:

Mehrfachbeschlüsse

TOP 19

Anfragen

Sachbericht:

Protokollvermerk:

Es werden folgende Fragen gestellt:

1. Frau StRin Pfister fragt im Zusammenhang mit der MzK zu TOP 16.2 an, ob eine Möglichkeit besteht, dort wo Zuschüsse zu Sanierungen gegeben werden, den Druck auf die Zuschussempfänger zu erhöhen, verstärkt auf Barrierefreiheit zu achten. Der Vorsitzende OBM Dr. Balleis sagt eine Überprüfung durch die Ämter 24 und 63 zu.
2. Frau StRin Pfister berichtet, dass von Herrn BM Lohwasser im Bildungsrat im Dezember mitgeteilt wurde, dass ein Bildungsbericht vorliegen könnte, wenn die Gelder für die Druckkosten in Höhe von ca. 5.000 € vorhanden wären. Er wollte sich bemühen, einen Sponsor zu finden. Sie fragt an, wie der Stand ist bzw. wie dieser Situation abgeholfen werden kann.
Der Vorsitzende OBM Dr. Balleis wird dies mit Herrn BM Lohwasser klären. Falls noch keine Sponsoren gefunden werden konnten, wird sich OBM Dr. Balleis der Sache annehmen.
3. Herr StR Vogel bittet das Referat II um Informationen über die neuen Stellplatzentscheidungen für die Bergkirchweih. Herr berufsm. StR Beugel sagt dies zu.
4. Herr StR Winkler bittet darauf zu achten, dass der Veggie-Stand wieder auf der Bergkirchweih untergebracht werden kann. Herr berufsm. StR Beugel teilt mit, dass hierzu momentan Gespräche stattfinden und sich eine Lösung abzeichnet.

Sitzungsende

am 19.01.2011, 21:35 Uhr

Die Vorsitzenden:

.....
Oberbürgermeister
Dr. Balleis

.....
Bürgermeister
Lohwasser

Der Schriftführer:

.....
Friedel

Kenntnis genommen

Für die CSU:

Für die SPD:

Für die Grüne Liste:

Für die FDP:

Für die Erlanger Linke:

Für die ÖDP:

Für die FWG: